

Stark im Norden!

Die SPD Schleswig-Holstein 2003-2005
Bericht für den ordentlichen
Landesparteitag am 23. April in Kiel

www.spd-sh.de



GUSTAV-HEINEMANN-BILDUNGSSTÄTTE

Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V.

Chronologische Übersicht Seminare 2005

Februar

14. – 24.2.2005 Winterakademie am Kellersee: Politik, Kultur und Geschichte des 19./20. Jahrhunderts
14. – 24.2.2005 Schreibwerkstatt: Die eigene Autorenschaft
28.2. – 4.3.2005 Hartz IV: Unser Sozialstaat am Ende?

März

7. – 11.3.2005 Brauchen wir einen Elternführerschein?
14. – 18.3.2005 Emil Nolde und A. Paul Weber – Leben und Werk

April

1. – 3.4.2005 Der Islam in Deutschland
1. – 3.4.2005 Immanuel Kant und die Aufklärung
8. – 10.4.2005 Chinas Regional- und Weltpolitik
11. – 15.4.2005 Von den „Grenzen des Wachstums“ zur „Agenda 21“
11. – 15.4.2005 Radikalität und Anpassung: Die „68er-Generation“
11. – 15.4.2005 Spanien und Portugal als EU-Staaten
15. – 17.4.2005 Griechenland als moderner EU-Partner
18. – 22.4.2005 Angst vor der ergrauten Republik?
Was wird aus dem Generationenvertrag?
22. – 24.4.2005 Die Gegenwartsliteratur in den Niederlanden

Mai

9. – 13.5.2005 Lateinamerika, Europa und die Weltmacht USA
9. – 13.5.2005 Weltmacht Europa? (Verfassung, Erweiterung)
23. – 27.5.2005 Politik und Propaganda im Film der DDR ab 1961
30.5. – 3.6.2005 „Hitlers lange Schatten“:
Aktuelle Bedeutung des Nationalsozialismus
30.5. – 3.6.2005 Mythen und Magie der Hexenverfolgungen

Juni

3. – 5.6.2005 Epoche oder Episode? Sieben Jahre Rot-Grün
6. – 10.6.2005 Italien ist nicht nur Pasta und Mafia
10. – 12.6.2005 Rhetorik kompakt I
10. – 12.6.2005 Brasilien: Eine historisch-politische Landeskunde
13. – 17.6.2005 Konflikt- und Stressbewältigung
13. – 17.6.2005 Die deutsche Sprache und die Sprachpolitik
20. – 24.6.2005 Fahrradseminar: Ökonomie und Ökologie in Ostholstein
27.6. – 1.7.2005 Politische Rhetorik – Grundkurs

Juli

11. – 21.7.2005 Schreibwerkstatt – Der Autor und die Phantasie
11. – 21.7.2005 Kreativferien am Kellersee
22.7. – 1.8.2005 Japan-Magazin (begleitend zum SHMF 2005)
22.7. – 1.8.2005 Geschichte der Buchdruckerkunst

August

2. – 12.8.2005 Malwerkstatt für Anfänger und Fortgeschrittene
2. – 12.8.2005 Friedrich Schiller und Thomas Mann
(200. und 50. Todestag)

13. – 21.8.2005 PC und Internet – Wie EDV unseren Alltag verändert und erleichtert
13. – 21.8.2005 Ostholstein – Die Landschaft der Dichter und Denker
22. – 26.8.2005 Gehört die Türkei in die Europäische Union?
22. – 26.8.2005 Zivilcourage und Konfliktmanagement
26. – 28.8.2005 Nordafrika- und Mittelmeerpolitik der EU
26. – 28.8.2005 Rhetorik gegen rechts und Stammtischparolen
29.8. – 2.9.2005 Freiheitsbewegungen und -lieder in Deutschland

September

5. – 9.9.2005 Fahrradseminar:
Ökonomie und Ökologie in Ostholstein
19. – 23.9.2005 Ehe und Familie: Pluralisierung der Lebensformen
19. – 23.9.2005 Terrorismus: Neue Gefahren politischer Gewalt
23. – 25.9.2005 Ideen von Karl Marx im Zeitalter der Globalisierung
26. – 30.9.2005 Architektur, Gesellschaft und Politik
26. – 30.9.2005 Verfolgung im Namen Gottes – Die Inquisition

Oktober

1. – 16.10.2005 Studienreise nach Brasilien
mit Seminar in der Regenwald-Akademie
(auch 8. – 26.10.2005)
10. – 14.10.2005 Weltreligion Islam – Glaubensgrundlagen und
aktuelle Erscheinungsformen
10. – 14.10.2005 Heinrich Vogeler und der Jugendstil
14. – 16.10.2005 Regionalwährungen –
Eine realistische Alternative?
21. – 23.10.2005 Rhetorik kompakt II
24. – 28.10.2005 „Festung Europa“ – „Marsch auf Europa“
24. – 28.10.2005 Jüdische Autoren in Deutschland:
„Eure Sprache ist auch meine“

November

4. – 6.11.2005 Friedrich der Große – ein Lebensbild
7. – 11.11.2005 Drogen und Sucht: Gesellschaftliche Ursachen
und politische Gegenstrategien
14. – 18.11.2005 Tod und Sterben in der modernen Gesellschaft
14. – 18.11.2005 Das moderne China: Aufbruch zur Weltmacht
18. – 20.11.2005 Literatur im Brasilien des 20. Jahrhunderts
21. – 25.11.2005 Jazz und Politik
21. – 25.11.2005 Politische Rhetorik: Aufbaukurs
27. – 29.11.2005 Kampf um das „Heilige Feuer“ –
Der Wettlauf um die Energieressourcen

Dezember

5. – 9.12.2005 Medizin im Nationalsozialismus –
Von der „Volks Gesundheit“ zum „Volksschädling“
9. – 11.12.2005 Hannah Arendt:
Entwicklung der politischen Theorien

Die Wochen-Seminare sind förderungswürdig im Sinne der Bildungsfreistellungsgesetze.
Ausführliches Programmheft und Anmeldungen telefonisch, per Fax oder Postkarte.

23714 Bad Malente · Schweizer Straße 58 · Telefon 0 45 23-88 09 70 · Fax 0 45 23-8 80 97 28
e-mail: info@heinemann-bildungsstaette.de · Internet: www.heinemann-bildungsstaette.de



Inhalt

Stark im Norden – aus eigener Kraft und mit dem Blick nach vorn	4
Politischer Bericht des Landesvorsitzenden Claus Möller	
Die Arbeit und Entwicklung der Parteiorganisation	7
Service 21	7
Landtagswahlkampf 2005 - Christian Kröning, Landesgeschäftsführer	10
Innerparteiliche Bildungsarbeit - Elfriede Marx	13
Erfolgreiche Konsolidierung und neue Herausforderung	14
Finanzbericht 2003-2005 von Jörg Wenghöfer, Landesschatzmeister	
Die Arbeit des Landesparteirates	15
Bericht der Revisionskommission	17
Bericht der Landesschiedskommission	17
Parteitage	
Ordentlicher Landesparteitag 12./13.04.2003, Bad Segeberg	18
Außerordentlicher Landesparteitag 20.09.2003, Kiel	19
Außerordentlicher Landesparteitag 07.03.2004, Norderstedt	20
Außerordentlicher Landesparteitag 23./24.10.2004, Lübeck	25
Außerordentlicher Landesparteitag 15.03.2005, Kiel	26
Foren, Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften	
EuropaForum	26
Projektgruppe Grundsatzprogramm	27
AfA	27
AG 60plus	27
AfB	28
AsF	29
ASG	29
AsJ	30
Jusos	30
AK Inneres + Polizei	31
SPD + Kirche	32
SGK	32
Die Arbeit der SPD-Fraktion im Landtag	33
Die Arbeit der Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten	34
Die Arbeit im Europäischen Parlament	40

Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel
Verantwortlich: Christian Kröning
Redaktion und Gestaltung: Nina Thielscher
Texte (soweit nicht namentlich gezeichnet): Christian Kröning, Elfriede Marx, Klaus Moseleit
Druck: SCHOTTdruck, Bunsenstraße 8, 24145 Kiel-Wellsee, www.schottdruck.de

Stark im Norden – aus eigener Kraft und mit dem Blick nach vorn

Politischer Bericht des Landesvorsitzenden Claus Möller

„Politik muss gestalten. Wir müssen die Ziele und Werte definieren und fortentwickeln, die uns programmatisch von anderen Parteien unterscheiden. [...] Es ist die Aufgabe der Partei und nicht der Regierung, politische Leitlinien und Ziele festzulegen. Vor allem mit der Wahrnehmung dieser Kompetenz wird die politische Beteiligung und Motivation in der Partei wachsen können“

(aus: „Mut zur Vision, Kraft zur Erneuerung, unser Kurs für ein modernes, solidarisches und gerechtes Schleswig-Holstein“, Antrag zum Landesparteitag, beschlossen im April 2003)

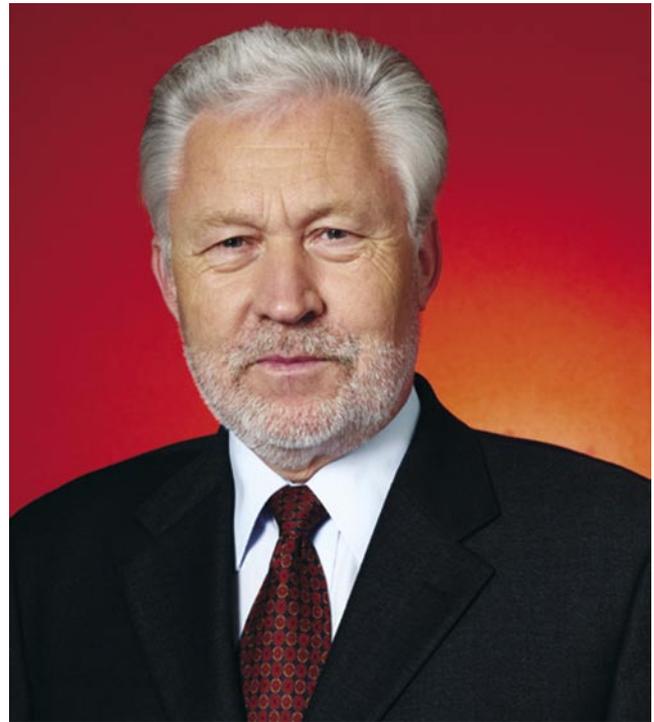
Liebe Genossinnen und Genossen,

wie bereits zu Beginn der Amtszeit des Landesvorstandes im April 2003, so stehen wir auch heute wieder vor erheblich veränderten Bedingungen, unter denen wir unsere Politik formulieren und umsetzen müssen. Damals wie heute stehen wir vor großen Herausforderungen.

Wir haben nach der verlorenen Kommunalwahl 2003 und trotz der schwierigen bundespolitischen Situation vor der Landtagswahl nicht den Kopf in den Sand gesteckt, sondern haben gemeinsam angepackt, gearbeitet und gekämpft. Wir haben die Identität der schleswig-holsteinischen SPD gestärkt. Der „rote Faden der sozialen Gerechtigkeit“ ist unser Markenzeichen und der Kristallisationspunkt unserer Programmatik.

Der Zusammenhalt und die Solidarität innerhalb der Partei sind inhaltlich und personell gestärkt worden. Das Zusammenspiel zwischen Partei, Fraktion und Regierung hat gut funktioniert. Die Partei hat die auf dem Parteitag 2003 geforderte Rolle als Ideengeberin ausgefüllt. Fraktion und Regierung haben die Impulse aus der Partei aufgegriffen, weiterentwickelt und in ihre Arbeit auf Landes- und Bundesebene eingebunden.

Dafür dankt der Landesvorstand vor allem Heide Simonis. Nicht nur, aber vor allem der Landtagswahlkampf hat uns allen gezeigt, dass es eine solche Identifikation zwischen Person, Partei und Inhalt kein zweites Mal in Deutschland gibt. Umso härter hat uns das Ausscheiden von Heide nach der fehlgeschlagenen Wahl der Ministerpräsidentin am 17. März getroffen. Doch Heide hat recht, wenn sie sagt: Setzt weiter auf eure eigene Stärke, behaltet den Blick nach vorn.



Heute ist die Partei eine andere als 2003: wir sind sturmerprobt und stark! Das gilt auch jetzt! Wir fühlen uns gestärkt in unserer Politik, in unserem Selbstbewusstsein und in unserem Stolz. Wir – die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein – haben in den vergangenen zwei Jahren viel Mut bewiesen: Mut zum politischen Diskurs, Mut zur Veränderung und nicht zuletzt Mut zur Vision!

Mit diesem Mut, politische Ziele über den Tag hinaus zu formulieren, ist es uns gelungen, unser Profil als „Partei der sozialen Gerechtigkeit“ nachhaltig zu stärken. Dies ist kein Produkt unserer guten Wahlkampfstrategie, sondern das Resultat unserer ausgeprägten inhaltlichen Arbeit im Vorfeld der Landtagswahl. Wir haben uns auf zentralen politischen Gebieten mit viel Sachverstand und unter breiter interner und externer Beteiligung weit über unsere Landesgrenzen hinaus einen guten Namen gemacht:

■ Unsere Beschlüsse zur Fortentwicklung der sozialen Sicherungssysteme haben beispielsweise einen entscheidenden Impuls für die Entwicklung der Bürgerversicherung gegeben. Unter unserem Motto – links, dickschädelig und frei – haben wir auf dem Bundesparteitag in Bochum viele unserer Ansätze durchsetzen können. Eine exzellent besetzte Arbeitsgruppe des Landesvorstandes hat diesen Prozess begleitet und wird auch weiterhin wichtige Impulse

in die sog. Nahleskommission des Parteivorstandes geben können.

■ Wir waren es, die der bildungspolitischen Debatte im März vergangenen Jahres eine neue Richtung gegeben haben. Unser Leitbild war und ist dabei die Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit. Vor dem Hintergrund der ersten PISA-Ergebnisse haben wir uns, orientiert an den erfolgreichen PISA-Ländern Skandinaviens, für längeres gemeinsames Lernen und die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems ausgesprochen. An diesem Ziel halten wir fest. Wir werden uns diesen Weg nicht verbauen lassen.

Diese inhaltlich ergebnisreichen Debatten innerhalb unserer Partei sind auch Ergebnis unserer neuen parteiinternen Struktur. Festzuhalten ist, dass der Landesparteierrat sich gut etabliert hat und auch seiner Rolle als Bindeglied zwischen den Gliederungen gerecht geworden ist. Sowohl inhaltlichen als auch strategischen Debatten ist hier ein Forum geboten worden.

Zu neuer Stärke hat unsere Partei auch durch den Dialog mit vielen bedeutenden gesellschaftlichen Gruppen gefunden. Dies gilt insbesondere für die Gewerkschaften, die wir als Bündnispartner an unserer Seite brauchen. Mit Hinblick auf unsere gemeinsamen Wurzeln und Traditionen in der Arbeiterbewegung und mit Blick auf die entfesselte Macht des globalisierten Kapitalismus, brauchen wir einen starken Schulterschluss mit den Gewerkschaften. Im vergangenen Jahr haben wir damit begonnen, den Kontakt zwischen der Partei und den Gewerkschaften zu intensivieren und den nötigen Diskussionsprozess in konstruktive Bahnen zu lenken. Die Einsetzung des Gewerkschaftsrates hat eine vertrauensvolle Basis für diesen Dialog geschaffen, die wir in Zukunft weiter ausbauen wollen.

Dieser intensive Kontakt zu den Gewerkschaften hat uns im Landtagswahlkampf gestärkt. Wir haben uns früh für einen Wahlkampf für Soziale Gerechtigkeit entschieden, denn wir wissen, dass sozialdemokratische Politik, die die Fragen um soziale Gerechtigkeit offensiv aufgreift und die Antworten eng an den Grundwerten der Partei orientiert, durchaus erfolgreich sein kann. Dieser Gedanke spiegelt sich kraftvoll in allen Teilen unseres einstimmig beschlossenen Regierungsprogramms „Stark im Norden!“ wieder.

Wir haben ein mutiges und ambitioniertes Regierungsprogramm für 2005-2010 vorgelegt, weil wir das Land nicht einfach nur verwalten und uns auf dem Erreichten nicht ausruhen wollen. In den fünf Leitbildern sind die zentralen Leitlinien für ein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein aus unserer Sicht auf den Punkt formuliert. Wir werfen darin bewusst

auch einen Blick deutlich über diese Legislaturperiode hinaus, weil es unser Anspruch ist, die eigenen Politikentwürfe langfristig und nachhaltig zu gestalten. Durch das Programm zieht sich die soziale Gerechtigkeit wie ein roter Faden durch alle Politikbereiche. Dieses Regierungsprogramm ist nach wie vor Grundlage und Maßstab unserer Politik. In ihm fängt sich die für unsere Partei wohltuende Spannung zwischen Vision und aktueller Regierungspolitik.

Wir haben am 20. Februar eines der bundesweit besten Wahlergebnisse für die Partei seit der Bundestagswahl 2002 erzielt. Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass wir im kreativ und engagiert geführten Wahlkampf auf die eigene Stärke und Identität gesetzt haben. Unsere Politik konnte nur erfolgreich vermittelt werden, weil Partei, Personen und Politik im Einklang waren und auch eindeutig als sozialdemokratisch innerhalb der Partei und in der Wählerschaft empfunden wurden. Vor allem die hohen Popularitätswerte von Heide Simonis stellten eine gute Basis für einen erfolgreichen Wahlkampf dar. Deshalb wurden bereits Ende 2003 die Weichen für einen betont personalisierten Wahlkampf mit einer klaren inhaltlichen Rückkopplung zur Partei und deren Inhalte gestellt.

Das Wahlergebnis wies auf eine knappe, aber legitime Mehrheit für ein neues Reformbündnis hin. Es sollte ein „Bündnis des Aufbruchs“ werden, das nicht nur in Fragen der demokratischen Kultur neue Wege beschritten hätte. Es wäre die erste tolerierte Minderheitsregierung in Schleswig-Holstein und damit der Beginn einer Ära der Veränderung gewesen: ein Aufbruch in etwas Neues und teilweise Unbekanntes. Einem Land, das mit der Barschel-Affäre einen traurigen Tiefpunkt der deutschen Demokratie erlebt hat, hätte dieses Modell einer starken und transparenten parlamentarischen Demokratie sehr gut gestanden. Wir hielten es auch hier mit Willy Brandt und wollten mehr Demokratie wagen!

Der 17. März hat uns alle geschockt. Der Schaden für unsere Partei – dies ist nicht zu leugnen – ist immens. Dieser Tag war politisch und vor allem menschlich ein schrecklicher Tag für Heide Simonis. Nach einem tollen Ergebnis bei der Nominierung als Spitzenkandidatin, nach einem sehr engagierten Wahlkampf und nach einem eindeutigen Votum für den Koalitions- und den Tolerierungsvertrag ist dieses Ende einer außergewöhnlichen politischen Laufbahn überaus bitter. Heide Simonis hat sich um unser Land und um die SPD Schleswig-Holstein verdient gemacht. Sie hat sich dabei das Vertrauen und die Sympathie vieler Menschen weit über die Landesgrenzen hinaus erarbeitet. Ihr gilt unser herzlichster und solidarischer Dank!

-->



Innerhalb und außerhalb von Schleswig-Holstein wollen wir unsere Position als „Reformmotor“ für soziale Gerechtigkeit behaupten und besser darstellen. Gerade in einer Regierungskonstellation, die uns eine Profilbildung im politischen Alltagsgeschäft erschwert, ist die Weiterentwicklung der Kommunikations- und Kampagnenfähigkeit unserer Partei von besonderer Bedeutung. Wir müssen zukünftig stärker als bisher für unsere Ideen werben und die öffentliche Diskussion um die Zukunft unseres Landes offensiv vorantreiben. Und: Wir müssen uns gerade jetzt verstärkt um die Förderung kompetenten Nachwuchses kümmern, um personelle Alternativen und Perspektiven zu eröffnen.

Die zukünftige Rolle der Partei ist eine erweiterte Führungsrolle, die es zeitnah zu definieren gilt – mit allen Konsequenzen für die Organisation und Kommunikation innerhalb der Partei. Der neue Landesvorstand wird dieser schwierigen Aufgabe gerecht werden müssen. Mit einem breiten Vertrauen durch den Landesparteitag wird uns dies gelingen.

Wenn wir auf unserem Landesparteitag die Weichen für eine große Koalition stellen, dann müssen wir auch unsere Rolle als Partei neu definieren. Gegenüber der Bundespartei haben wir unser Profil einer kritisch-solidarischen Partei bereits bewiesen. Dieses müssen wir zukünftig auch nach innen schärfen. Dies beinhaltet sowohl den Mut zum Widerspruch, als auch einen feinen Sinn für Solidarität und Verantwortung.

Claus Möller, Landesvorsitzender

Anzeige

BÜROTECHNIK *F. Weidel*

Bürosysteme u. Lösungen

Kopieren

OKI

UTAX
YOUR OFFICE PARTNER

Drucken

Präsentieren

you can
Canon

Archivieren

An der Untertrave 69 - 23552 Lübeck - Tel 0451/7 11 61

<http://www.weidel-buerotechnik.de>

Die Arbeit und Entwicklung der Parteiorganisation

Von Christian Kröning, Landesgeschäftsführer

Die herausragenden Arbeitsschwerpunkte im Bereich der Parteiorganisation lagen in der Fortsetzung und im Abschluss von „SERVICE 21“ sowie in der Planung und Durchführung des Landtagswahlkampfes 2005.

SERVICE 21 – Die Bilanz

Mit der Umsetzung der zweiten Stufe von SERVICE 21 zum 1. Januar 2004 ist dieses Projekt zur Reorganisation und Sanierung des Haushalts der Landespartei abgeschlossen worden. Hier eine Bilanz der wichtigsten Ergebnisse.

Zusammenfassung

Am 11. Dezember 2000 beschloss der SPD-Landesvorstand im Hinblick auf die damalige strukturelle Überschuldung des SPD Landesverbandes, das Konsolidierungsprojekt SERVICE 21 zu starten.

Eine für den Landesvorstand zuvor erstellte Analyse der mittelfristigen Finanzentwicklung hatte gezeigt, dass die Verschuldung des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein bei unveränderten Kostenstrukturen von 1,3 Millionen Euro bis Ende 2005 auf über 3,6 Millionen Euro (7,0 Mio DM) anwachsen würde. Bei einer Verschuldung in dieser Höhe wäre die Landespartei handlungs- und wahlkampfunfähig geworden.

Die Ursachen der finanziellen Strukturprobleme hatten sich seit 1990 aufgestaut: einerseits anhaltender Mitgliederrückgang (1990: 40.000 Mitglieder/2000: 28.000 Mitglieder/2005: 23.000 Mitglieder), stagnierende Beitragseinnahmen, die Altersstruktur der Mitglieder, andererseits stark ansteigende Personalkosten und erhöhter Finanzbedarf für neue Informationstechnologien und moderne Wahlkampfkampagnen.

Mehrere Anläufe mit Strukturkommissionen, die Parteiorganisation diesen Entwicklungen anzupassen, sind in den 90er Jahren im Sande verlaufen.

Ergänzend zum Projekt SERVICE 21 beschloss der Landesvorstand nach Beteiligung der Kreisverbände in der sog. „Konsensgruppe“ außerdem eine mittelfristige Finanzplanung. Hauptziel: Drastischer Abbau der Verschuldung bis Ende 2005, um die politische und finanzielle Handlungsfähigkeit des Landesverbandes



Schleswig-Holstein wieder herzustellen. In Anbetracht der hohen Personalkosten, die im Jahre 2000 etwa 70 Prozent der Gesamtausgaben ausmachten, sollte dieses Ziel vor allem durch eine sozialverträgliche Personalkosteneinsparung in Höhe von 2,4 Millionen Euro (damals 4,7 Millionen DM) erreicht werden.

Dieses Einsparziel bei den Personalkosten wird mit dem Haushalt 2005 punktgenau erreicht.

Im Vergleich zu der im Jahre 2000 angestellten Prognose haben wir folgende Personalkosten-Einsparungen erzielt:

2000	30.000	Euro
2001	218.000	Euro
2002	326.000	Euro
2003	524.000	Euro
2004	669.000	Euro
2005	722.000	Euro
Einsparungen gesamt:	2.489.000	Euro

Mit der Umsetzung von SERVICE 21 waren natürlich auch Investitionen und neue Verwaltungskosten sowie Kosten für Qualifizierung, Abfindungen und Altersteilzeit verbunden (siehe im Einzelnen die Darstellungen zur Sozialverträglichkeit, Fremdvergabe von Dienstleistungen und Qualifizierung). Dafür wurden rund 20 Prozent der eingesparten Personalkosten re-investiert, insgesamt rd. 420.000 Euro (durchschnittlich etwa 84.000 Euro jährlich).

Das bedeutet: Heute, im Jahre 2005, betragen die Personalkosten rund 706.000 Euro weniger, als im Jahre 2000 für den Fall unveränderter Strukturen prognostiziert wurde.

Umsetzungsergebnisse

■ Bildung von vier Regionen

Beschluss des Landesvorstands 2000:

„Die Kreisverbände beginnen in 2001 mit einer intensiven Zusammenarbeit. Dazu kooperieren sie in vier Regionen zu drei bzw. vier Kreisverbänden: KERN, NORD, SÜDWEST und SÜDOST. Die Kreisgeschäftsstellen bleiben erhalten.“

Umgesetzt und erreicht:

Die vier Regionen wurden mit Beginn der Umsetzung von SERVICE 21 zum 1. April 2001 gebildet. Laut Beschluss des Landesvorstandes sollten die Regionen mit mindestens 94 Arbeitsstunden (Region Nord: 74 Arbeitsstunden) personell ausgestattet werden. In der zweiten Stufe von SERVICE 21 sollte die Personalausstattung zum 1.1.2004 auf 74 Arbeitsstunden (Region Nord: 55,5 Arbeitsstunden) reduziert werden. Tatsächlich standen und stehen den Regionen aufgrund der bestehenden Arbeitsverträge der Mitarbeiter/innen deutlich mehr Arbeitsstunden zur Verfügung, als vom Landesvorstand beschlossen. Gleichwohl bedeutet der umgesetzte Stellenabbau eine erhebliche Einschränkung der hauptamtlichen Zuarbeit und zusätzliche Belastung der ehrenamtlich Aktiven.

■ Stellenabbau um 40 Prozent

Beschluss des Landesvorstands 2000:

„Der Landesverband beginnt so schnell wie möglich mit dem sozialverträglichen Stellenabbau.“

Umgesetzt und erreicht:

Zum Ende des Jahres 2000 beschäftigte der SPD-Landesverband insgesamt 39 Mitarbeiter/innen auf 33,5 Stellen, davon

-22 Mitarbeiter/innen (auf 18 Stellen) in den Kreisgeschäftsstellen und

-17 Mitarbeiter/innen (auf 15,5 Stellen) in der Landesgeschäftsstelle.

Seit dem 1.1.2001 haben 16 Mitarbeiter/innen den SPD-Landesverband verlassen, aufgrund von Ruhestand, Vorruhestand, Wechsel in andere Unternehmen oder Institutionen, oder auf dem Wege einzelner Aufhebungen. Vier Mitarbeiter/innen wurden neu eingestellt.

2005 beschäftigt der SPD-Landesverband insgesamt 27 Mitarbeiter/innen auf 20,0 Stellen, davon

-14 Mitarbeiter/innen (auf 8,6 Stellen) in den Kreisgeschäftsstellen,

-10 Mitarbeiter/innen (auf 8,5 Stellen) in der Landesgeschäftsstelle sowie

-3 Mitarbeiter/innen (auf 2,2 Stellen) in der MAVIS.

Hinzu kommen 0,7 Stellen (für Vorwärts, Betriebsrat und Kommunalpolitik) die in dieser Aufteilung nicht zugeordnet wurden. (Die von den Kreisverbänden selbst finanzierten Stunden und Stellen sind hier ebenfalls nicht eingerechnet.)

Dies bedeutet insgesamt einen Stellenabbau von 33,5 Stellen Anfang 2001 um 13,5 Stellen oder 40 Prozent auf 20,0 Stellen.

Sechs Mitarbeiter/innen sind heute in Altersteilzeit.

■ Hohe Sozialverträglichkeit

Dieser Stellenabbau fand und findet auf der Basis eines hohen sozialen Schutzes unserer Mitarbeiter/innen statt:

- Am 15.12.2000 wurde mit dem Betriebsrat ein

Mitgliederzahlen der Kreisverbände (Stand 31.03.2005)

Kreisverband	Mitglieder gesamt	davon Männer	davon Frauen	Beiträge (Soll-Zahl) Euro	Beitrags- durchschnitt Euro
Kiel	1.795	1.179	616	18.381,22	10,24
Neumünster	487	342	145	4.878,87	10,02
Plön	1.822	1.137	685	11.646,39	6,39
Rd-E'förde	2.884	1.902	982	23.018,47	7,98
Flensburg	404	273	131	3.739,45	9,26
Nordfriesland	1.561	1.028	533	9.771,90	6,26
chl.-Flensbg	1.819	1.218	601	12.504,74	6,87
Dithmarschen	1.296	845	451	7.733,59	5,97
Pinneberg	2.121	1.355	766	17.477,21	8,24
Segeberg	1.644	1.060	584	1.941,78	7,26
Steinburg	1.125	737	388	7.460,82	6,63
Lübeck	1.383	899	484	11.709,39	8,47
Lauenburg	1.453	992	461	10.554,11	7,26
Ostholstein	1.939	1.291	648	12.603,96	6,50
Stormarn	1.624	1.024	600	14.389,36	8,86
Gesamt SH	23.357	15.282	8.075	177.811,26	7,61

Interessenausgleich und Sozialplan für SERVICE 21 abgeschlossen, der im Falle von Versetzungen entstehende Nachteile hinsichtlich der Fahrtwege und Fahrtkosten großzügig ausgleicht und verstärkte Anstrengungen bei der Qualifizierung vorsieht.

- In einem Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung wurden betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2006 ausgeschlossen.

- Ein neuer Rahmentarifvertrag aus dem Jahre 2002 schränkt einige wenige frühere Leistungen ein. Allerdings wurde auch hier für alle bereits bei der SPD beschäftigten Mitarbeiter/innen ein Besitzstand auf die früheren Rahmentarifvertrags-Leistungen garantiert.

- Darüber hinaus wurde ein Tarifvertrag für die Altersteilzeit geschlossen, der anerkannt gute Leistungen für die Altersteilzeit bietet und entsprechend zahlreich angenommen wird. Heute befinden sich sechs Mitarbeiter/innen bereits in der Altersteilzeit.

■ Erschließung zusätzlicher Finanzierungsmöglichkeiten

Beschluss des Landesvorstands 2000:

„Der Landesverband und die Kreisverbände suchen nach zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten.“

Umgesetzt und erreicht:

Der Landesverband hat mit dem Parteivorstand vereinbart, dass ein Wahlkampfkredit aus dem Jahre 1999 in Höhe von 500.000 Euro vom Landesverband durch Zuweisungen des Parteivorstands aus dessen Strukturfonds getilgt wird. Das bedeutet: Dieser Kredit wird faktisch nicht zurückgezahlt.

■ Fremdvergabe von Dienstleistungen

Beschluss des Landesvorstands 2000:

„Der Landesverband setzt alle Möglichkeiten der Fremdvergabe von Dienstleistungen um, die sich in einer betriebswirtschaftlichen Prüfung als rentabel erweisen.“

Umgesetzt und erreicht:

Der Landesverband hat zum 1.1.2001 die Personalbuchhaltung an ein befreundetes Kieler Unternehmen fremd vergeben. Die dafür entrichteten Kosten liegen ca. 30 Prozent unter den Personalkosten, die dafür im eigenen Haus aufgewandt wurden.

Der Landesverband hat zum 1.1.2003 die Finanzbuchhaltung an ein der SPD nahestehendes Berliner Unternehmen fremd vergeben. Auch hier liegt die Einsparung bei rund 30 Prozent.

Der Landesverband Schleswig-Holstein hat zum 1.4.2001 gegen den Rat des Parteivorstandes und gegen erhebliche Skepsis der Kreisverbände die MAVIS in Kiel zentralisiert. Heute plant eine größere Anzahl von Landesverbänden, dieser Maßnahme Schleswig-Holsteins zu folgen. In dem Maße, wie sich dies in der gesamten SPD durchsetzt, werden auch wir es hier leichter haben, die noch bestehenden Probleme zu überwinden.

In der Landesgeschäftsstelle wurden seit 2001 eine Reihe von Aufgaben fremd vergeben und Geschäftsabläufe optimiert, um den angestrebten Stellenabbau realisieren zu können:

- Auflösung der hauseigenen Druckerei und Fremdvergabe von größeren Druckaufträgen,

- Anschaffung netzwerkfähiger Drucker,

- Halbierung der Stellen für die Hausreinigung und vertretungsweiser Einsatz von Reinigungsfirmen,

- Nutzung von Kurier- und diversen Lieferdiensten sowie verschiedener anderer externer Dienstleistungen.

■ Erreichung des Einsparziels des Landesvorstands Beschluss des Landesvorstands 2000:

„An dem Konsolidierungsziel von 4,7 Millionen DM (2,4 Millionen Euro) Einsparungen bei den Personalkosten im Zeitraum 2001 bis 2005 wird festgehalten.“

Umgesetzt und erreicht:

In den Jahren 2000-2005 wurden 2,5 Millionen Euro Personalkosten eingespart.

■ Umfassende Qualifizierung der Mitarbeiter/innen Beschluss des Landesvorstands 2000:

„Der Landesverband entwickelt und verabschiedet ein Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramm für den Zeitraum 2001 bis 2005 für das Personal und für ehrenamtliche Funktionsträger/innen, das mit der Bildungsinitiative des Parteivorstandes verknüpft wird.“

Umgesetzt und erreicht:

In den letzten drei Jahren haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kreisgeschäftsstellen und in der Landesgeschäftsstelle das vom Parteivorstand durchgeführte mehrstufige Programm IPQ „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung“ durchlaufen. Dafür hat der Landesverband insgesamt rund 50.000 Euro investiert. Darüber hinaus hat der Landesverband eine Reihe von eigenen Fortbildungen durchgeführt und finanziert. Mit dem Betriebsrat werden jährlich Bildungspläne für unsere Mitarbeiter/innen vereinbart und durchgeführt.

Bewertung

Insgesamt sind wir mit den hier bilanzierten Ergebnissen der Umstrukturierung sicher weiter gekommen, als wir bei der Beschlussfassung Ende 2000 selbst gedacht haben. Das gilt insbesondere für den beachtlichen Erfolg bei der finanziellen Konsolidierung. Der Preis allerdings war und ist hoch: Für alle Beteiligten – den Landesvorstand und die Kreisvorstände, die ehrenamtlich Aktiven und die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen, den Betriebsrat und die Geschäftsführung – war und ist die Umstrukturierung mit einer Reihe außergewöhnlicher Belastungen verbunden.

Es sollte auch erwähnt werden, dass wir bei der Umsetzung von SERVICE 21 Fehler gemacht haben, bedingt durch

a) das notwendige hohe Veränderungstempo, denn als Partei können wir Umstrukturierungen immer nur in den kurzen Zeitfenstern zwischen den Wahlen planen, diskutieren und umsetzen;

b) den Druck durch das beschlossene enorm hohe finanzielle Konsolidierungsziel.

Das Infragestellen der personellen Besetzung der Kreisbüros ganz am Anfang des Prozesses war ein solcher Fehler, der dem Verhältnis zwischen Landesverband und den Kreisverbänden spürbar geschadet hat. Ein weiterer Fehler war rückblickend das Aufkündigen aller Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen auf einen Schlag. Dies konnte durch den zeitgleich erfolgten plötzlichen Wechsel im Betriebsrat und den grundlegend veränderten Strukturen auf Gewerkschaftsseite (Ablösung der ÖTV durch die neue Gewerkschaft ver.di) nicht mehr vernünftig kommuniziert werden. Auch hier ist die eingetretene Belastung im Verhältnis zum Betriebsrat und zur Gewerkschaft weiterhin spürbar.

Andererseits haben alle Beteiligten in den Veränderungsprozessen der letzten drei Jahren Erfahrungen und Wissen gesammelt, die uns künftig von großem Nutzen sein werden.

Ausblick

Wir haben in den letzten fünf Jahren eine Umstrukturierung hinter uns gebracht, die den meisten SPD-Landesverbänden erst noch bevorsteht. In vielen Landesverbänden spitzt sich die Finanzlage jetzt krisenhaft zu; dort wird es voraussichtlich zu ähnlich harten Einschnitten kommen, wie wir sie bereits vollzogen haben. Unsere Aufgabe ist es künftig, unsere Kostenstrukturen weiterhin konsequent den finanziellen Möglichkeiten anzupassen, zumal sich der Mitgliederrückgang in 2003 und 2004 erheblich beschleunigt hat.

Für die Finanzplanung in der Zukunft sind zwei Kennzahlen wesentlich: Der Landesverband muss künftig jährliche Überschüsse oberhalb von 400.000 Euro erwirtschaften und die Personalkosten dürfen die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge nicht übersteigen.



Die „400er“ in Aktion auf Helgoland



Das sind die zwei entscheidenden Voraussetzungen für eine solide Finanzierung des Landesverbandes. Daneben müssen wir die Diskussion über die Perspektiven und die Erneuerung unserer Parteiarbeit voranbringen. Für diese Themen hat die Zeit und die Kraft in den vergangenen drei Jahren verständlicherweise nicht gereicht.

Die Parteiarbeit muss sich erheblich verändern, wenn wir mehr Menschen erreichen und gewinnen wollen, die zu politischem Engagement bereit sind, aber mit unseren Strukturen und Arbeitsweisen nicht zurechtkommen. Der Beschluss des Landesvorstandes zur „Parteiarbeit in der Bürgergesellschaft“ bietet viele Anknüpfungspunkte für eine solche Erneuerung, der wir uns nach der Landtagswahl 2005 unbedingt widmen sollten.

Der Landtagswahlkampf 2005

Wir haben bereits sehr frühzeitig, nämlich im Spätsommer 2003, begonnen, den Landtagswahlkampf vorzubereiten – mit eigenen Analysen, der Auswahl einer Werbeagentur, einer Meinungsforschung zur Ausgangslage und der Auswahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für unsere KAMPA. Auf dieser Grundlage haben wir den Wahlkampf zwischen Januar und März 2004 strategisch und organisatorisch konzipiert. Die Ausgangslage war niederschmetternd: die Niederlage bei der Kommunalwahl 2003 war noch nicht verdaut, die Agenda 2010 der Bundesregierung drohte die SPD und ihr Band zu den Gewerkschaften zu zerreißen, die Mitglieder verließen die Partei in großer Zahl. Im Januar 2004 lag die Bundes-SPD in den Umfragen bei 25%, die schleswig-holsteinische SPD immerhin bei 30 Prozent. Das bedeutete: Nur 40% der Wählerinnen und Wähler, die uns bei der Bundestagswahl 2002 gewählt haben, würden dies bei einer Landtagswahl erneut tun. Umkehrschluss: Wir hatten 60% unserer Wähler verloren. Entsprechend vernichtend war für uns auch das Ergebnis der Europawahl im Juni 2004.

Der erste Teil des Landtagswahlkampfes war deshalb unter das Motto „Vorwahlkampf in der eigenen Partei“ gestellt. Denn es kam darauf an, in der Partei überhaupt erst einmal für eine wahlkampffähige Stimmung zu sorgen, d.h. möglichst viele unserer

aktiven Mitglieder für den Wahlkampf zu motivieren. Das haben wir mit gutem Erfolg mit den „Roten Salons“ (parteiinterne Diskussionsveranstaltungen mit Heide Simonis in allen 15 Kreisverbänden) und unseren „400er-Aktionen“ auf Helgoland, in Schmilau und Kiel geschafft. Die 400er waren ein völlig neuartiges Wahlkampf-Element. Mit einem konkreten Ziel, zeitlich befristetem Engagement und Aktionen, die das Gemeinschaftsgefühl beleben, haben wir tatsächlich eine große Zahl von Mitgliedern motiviert und zusätzlich für diesen Wahlkampf aktiviert. Hiermit haben wir eine neue Form zivilgesellschaftlichen Engagements in den Wahlkampf einbezogen und erfolgreich erprobt. Rückblickend sind es diese beiden neuen Aktionsformen gewesen, die unserem Wahlkampf in der Startphase eine enorme Schubkraft und Ausstrahlung gegeben haben. Die Botschaft hieß: „Wir sind heiß auf Wahlkampf!“

Schon in dieser Vorwahlkampf-Phase haben wir das eingebracht, was auch die heiße Wahlkampf-Phase geprägt hat. Wir haben einen stark auf Heide Simonis personalisierten Wahlkampf geführt. Die Ministerpräsidentin war die Repräsentantin der SPD. Sie hat sich in ihrer Amtszeit überragende Bekanntheits-, Kompetenz- und Popularitätswerte bei den Wählerinnen und Wählern erarbeitet. Wir haben mit der Farbe „Rot“ die Identität, das Selbstbewusstsein und die Stärke der schleswig-holsteinischen SPD auch und gerade in einer für die Gesamtpartei krisenhaften Situation unterstrichen. Und wir haben bei den politischen Inhalten den „roten Faden der sozialen Gerechtigkeit“ (Claus Möller) entwickelt, um die Wählerinnen und Wähler zurück zu gewinnen, die sich seit der Bundestagswahl 2002 enttäuscht von der SPD abgewandt hatten.

Der „rote Faden der sozialen Gerechtigkeit“ war die Grundlage unserer gesamten Wahlkampf-Kommunikation und bestand aus mehreren Elementen. Auf dem Landesparteitag im März 2004 in Norderstedt hatten wir ein Bildungsprogramm beschlossen, das nach dem Vorbild der skandinavischen Länder mit dem Konzept des gemeinsamen Lernens bis zur 10. Klasse (Gemeinschaftsschule) die richtigen Konsequenzen aus den schlechten Noten für das deutsche Schulsystem in den PISA-Studien gezogen hat. Dieses Bildungskonzept steht für mehr Bildungsgerechtigkeit. Die Bürgerversicherung und das schleswig-holsteinische Steuerkonzept sind weitere Bestandteile des „roten Fadens“ ebenso wie die Bildung eines Gewerkschaftsrates beim Landesvorstand, der seither mehrmals zusammen gekommen ist. Im Oktober 2004 ist der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in Schleswig erstmals seit langer Zeit wieder in einer Veranstaltung der SPD aufgetreten. Auch dies ein Erfolg der politischen Ausrichtung der schleswig-holsteinischen SPD.



Der Landesparteitag im Oktober in Lübeck war für alle, die dabei waren, ein Highlight unseres Vorwahlkampfes. Unvergesslich, wie Hans-Jochen Vogel die Partei für den Wahlkampf mobilisierte, wie Franz Müntefering sie motiviert hat und - vor allem - wie der Parteitag mit dem 100prozentigen Wahlergebnis für Heide Simonis auf Platz 1 der Landesliste Geschlossenheit, Stärke und den Willen zum Wahlsieg ausgedrückt hat. Einstimmig wurde auch unser Regierungsprogramm 2005-2010 beschlossen, dass den Titel „Stark im Norden!“ trug.

Dieser Parteitag hat für enormen Schwung bis zur heißen Wahlkampf-Phase im Januar gesorgt. Bis Weihnachten haben wir durch diesen Vorwahlkampf, durch bessere Werte der Bundespartei, zweifellos auch begünstigt durch gravierende Wahlkampf-Fehler des CDU-Kandidaten, Umfragewerte zwischen 38 und 40% erzielt und uns damit eine Ausgangslage für den heißen Wahlkampf erarbeitet.

Der heiße Wahlkampf im Januar und Februar war geprägt durch unsere kraftvolle rote Werbelinie - „HE!DE – Eine wie keiner“ - und durch die Großveranstaltungen mit Günter Grass, Gerhard Schröder und Franz Müntefering in Neumünster, Husum, Norderstedt und Lübeck. „HE!DE direkt“ war eine Veranstaltungsreihe, in der sich Heide Simonis, unsere Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten sowie viele Prominente mit einem interessanten, kurzweiligen und auch unterhaltsamen Abendprogramm präsentiert haben. Daneben hat Heide Simonis Wahlkampftermine (HE!DE hautnah) in allen 40 Wahlkreisen absolviert. Gerhard Schröder und Franz Müntefering haben mit Touren durch das ganze Land und vielen Veranstaltungen unseren Wahlkampf unterstützt, ebenso wie viele Bundesministerinnen und -minister und Ministerpräsidenten der SPD.



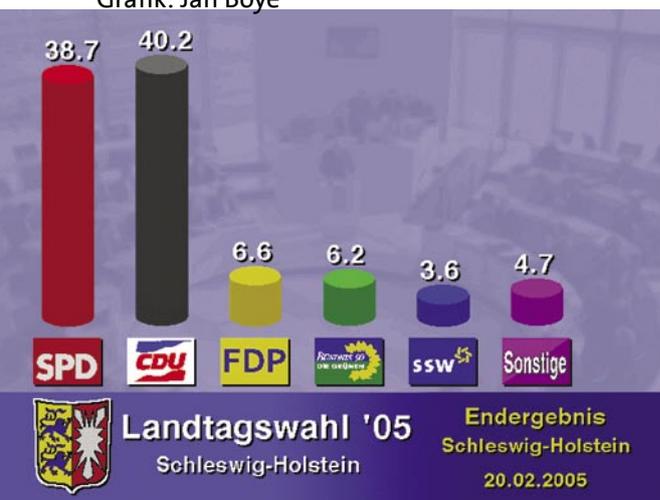
Insgesamt haben mehrere hundert Wahlveranstaltungen der SPD stattgefunden.

Als herausragend stark wurden auch unsere Internetauftritte bewertet: www.spd-sh.de, www.heide-simonis.de und www.deinerstesmal.de. Das gilt gleichermaßen für die Optik, den Informationsgehalt und die Aktualität. Seit dem Start der neuen Auftritte im Oktober bis Ende Februar hatten wir insgesamt 110.242 Zugriffe (Visits) auf unseren Homepages.

Wie in der Ausgangslage beschrieben, musste es uns gelingen, möglichst viele der Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen, die sich seit 2002 von uns abgewendet haben. Das strategische Ziel des Wahlkampfes war deshalb die Mobilisierung unserer Mitglieder und Wähler. Dabei haben wir erstmals in großem Stil von Callcentern aus Telefonaktionen mit guten Erfahrungen durchgeführt - insbesondere zur Mobilisierung für die Großveranstaltungen. Für diese Veranstaltungen haben wir erstmals auch Eintrittskarten herausgegeben, die zwischen Weihnachten und Neujahr zusammen mit einem Spendenbrief an alle Mitglieder gegangen sind. Auch diese Aktion hat nach unseren Beobachtungen zur Mobilisierung der Mitglieder beigetragen. Als Reaktion auf diese Spendenaktion haben unsere Mitglieder insgesamt über 50.000 Euro auf unser Wahlkampfkonto überwiesen. Auch an dieser Stelle dafür ein herzliches Dankeschön.

Die Erfahrung zeigt, dass sich der Anteil der Wählerinnen und Wähler, die sich in den letzten Tagen oder Stunden vor der Wahl entscheiden, ob und wen sie wählen, stark angewachsen ist. Wir wollten den Höhepunkt unserer Mobilisierung dann erreichen, wenn sich ein großer Teil der Wähler entscheidet. Das war das Ziel unserer „72-Stunden-Aktion“, mit der wir zum ersten Mal in einem deutschen Wahlkampf statt einer Abschlussveranstaltung den Startschuss für eine flächendeckende Schlussmobilisierung gegeben haben. Kneipentouren, Wahlbrunches, Verteilung von Schals und Cappuccino-Tüten, Autokorsos, Red-Walking-Aktionen, Wahltaxi und vieles andere mehr hat in den letzten 72 Stunden vor der Wahl stattgefunden.

Grafik: Jan Boye



Unsere Erwartungen waren darauf gerichtet mit 40% + x stärkste Partei im Landtag zu werden. Das Wahlergebnis sah dann anders aus: mit 38,7% lediglich Platz 2 hinter der CDU. Kein Zweifel: Wir haben in der letzten Wahlkampfwoche Boden verloren. Die Gründe dafür liegen vor allem in der Vermischung der enorm negativen psychologischen Wirkung der Arbeitslosenzahl von über 5 Millionen mit der Visa-Affäre, die in dieser Kombination uns mehr als den Grünen geschadet hat.

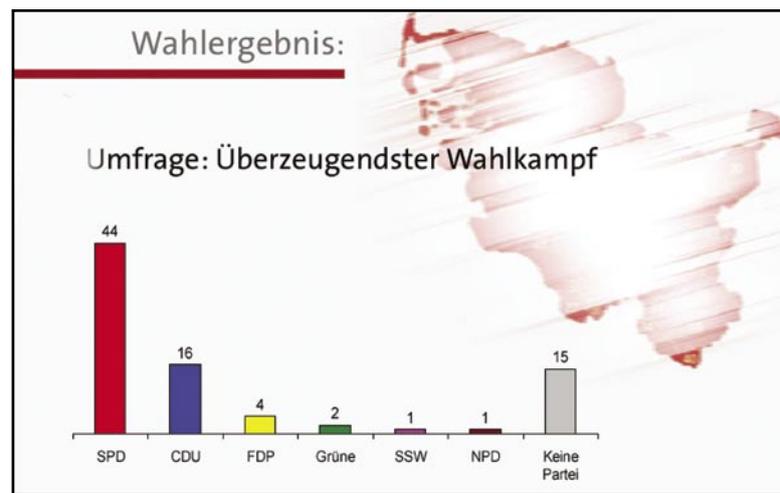
Gleichwohl: Gemessen an der Ausgangslage ein Jahr zuvor, den vielen verlorenen Wahlen seit 2002 und den auch am Beginn dieses Jahres sehr bescheidenen Umfragewerten für die Bundespartei sind 38,7% ein sehr gutes Ergebnis. Ein Ergebnis, das zusammen mit den Grünen und dem SSW die Wiederwahl von Heide Simonis und eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung ermöglicht hat.

An diesem Wahlkampf haben sich Tausende unserer Mitglieder mit einem enormen Engagement beteiligt und sich bei Wind und Wetter mit viel Idealismus, Zeit, Kraft und Geld engagiert. Dafür sei euch allen herzlich gedankt.

Die gescheiterte Ministerpräsidentenwahl am 17. März war auch ein Verrat und Betrug an unseren Mitgliedern und Wählern, die wollten, dass Heide Ministerpräsidentin bleibt.

CDU bleibt

Umfrage von Infratest Dimap zu „Überzeugendster Wahlkampf“



Die Bildungsarbeit

Von Elfriede Marx, SPD-Landesverband

Unsere innerparteiliche Bildungsarbeit ist weiterhin einer der Schwerpunkte der Arbeit der Landesgeschäftsstelle. Zur Vorbereitung der Landtagswahl haben wir Wahlkampfseminare mit verschiedenen Schwerpunkten mit guter Beteiligung unserer Basis durchgeführt. Eine Besonderheit war die Durchführung eines Seminars mit Hamburger Neumitgliedern, in dem einige Hauptamtliche der SPD-Landesorganisation Hamburg das Konzept „learning by doing“ mit einigen Veränderungen übernommen haben. In der eigenen Fortbildung haben die Teamer/innen sich im Bereich „Coaching“ weitergebildet, speziell auch für die Betreuung bei Direktwahlen. Wir sind im Berichtszeitraum mit zwei Kreisverbänden und mehren Ortsvereinen in Klausur gegangen, und haben an Veränderungen der Strukturen und neuen Formen gearbeitet. Außerdem haben die Teamer/innen und ich das Neumitglieder Seminar inhaltlich und konzeptionell überarbeitet.

Im Berichtszeitraum fanden folgende Seminare statt:

- 8 Neumitglieder Seminare
- 1 Seminarreihe „Führung und Verantwortung“, bestehend aus vier Wochenenden
- 2 Aufbau-seminare zu „Führung und Verantwortung“
- 2 Seminarreihen „Kommunal-Akademie SH“, bestehend aus vier Wochenenden
- 2 Folgeseminare zur „Kommunal-Akademie SH“
- 2 Medientrainings für Kandidaten/Kandidatinnen
- 2 Trainings „Fit für den Wahlkampf“
- 2 Trainings für das 400er-Team
- 1 Fortbildungsseminar für Teamer/innen „Coaching“

Neumitglieder Seminare

Wer in die SPD eintritt und als neues Mitglied zum ersten Mal Erfahrungen mit der politischen Arbeit macht, wird mit einer Fülle neuer Eindrücke konfrontiert. Mit dem Neumitglieder Seminar wollen wir in methodisch ansprechender und vielseitiger Form einen Einstieg in die Parteiarbeit und in die Parteistruktur ermöglichen. Dieses Seminar ist häufig die erste „Visitenkarte“ der Partei für die Mitglieder und soll zur aktiven Mitarbeit motivieren.

Bausteine sind:

- Einführung in die Geschichte der SPD
- Programme der SPD
- Partei- und Organisationsstruktur
- Einstieg in die Kommunalpolitik

Seminarreihe „Führung + Verantwortung“

Wie Funktionäre in Ortsvereinen oder Kreisverbänden ihre Aufgabe bewältigen, hängt in hohem Maße von ihren individuellen Fähigkeiten ab. Neben sachlicher Kompetenz, wie Kenntnisse über die Programmatik der Partei, sind soziale Kompetenzen, Teamfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit immer wichtiger geworden.

Die Seminarreihe „Führung + Verantwortung“ besteht aus vier Wochenendseminaren.

Bausteine sind:

- Erfolgreich moderieren/Sitzungsleitung
- Kreativität und Ideenfindung/Veranstaltungen/Aktionen
- Kommunikation/Projektarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit

Die Kommunal-Akademie Schleswig-Holstein

Eine Kommune gut zu leiten oder gute Fraktionsarbeit zu leisten ist nicht einfacher als ein Unternehmen zu führen. Die hohen Ansprüche an politische Entscheidungsträger/innen auf allen Ebenen erfordern professionelle Qualifikation - zum Nutzen der Städte, Gemeinden und Kreise und der Partei. Die Kommunal-Akademie wendet sich an Interessenten unter 40 Jahre.

Die Kommunal-Akademie ist ein Kooperationsprojekt der Landes-SGK und des SPD-Landesvorstandes. Das Schulungskonzept basiert auf der Vermittlung von Methodenwissen verknüpft mit je einem inhaltlichen Thema.

■ Baustein Sachkompetenz:

Handlungsfelder kommunaler Politik, Kommunalfinanzen, Kommunalverfassung, Beteiligungen, Entwicklungsmöglichkeiten einer Region, Steuerungsmöglichkeiten bei Pflichtaufgaben und Aufgaben kommunaler Spitzenverbände

■ Baustein Methoden- und Prozesskompetenz:

Kommunikation, Präsentation, Projektentwicklung, Zielklärung und Strategieentwicklung



Die TeilnehmerInnen eines Seminars im Wahlkampf

Erfolgreiche Konsolidierung und neue Herausforderung

Von Jörg Wenghöfer, Schatzmeister

Der Landesvorstand hat das im Jahre 2000 beschlossene Projekt „SERVICE 21“ zur Finanzkonsolidierung in den Jahren 2003/2004 weitergeführt. Zu den Zielen gehörte u. a. eine Personalkosteneinsparung in einer Gesamthöhe von 2,4 Millionen Euro für die Jahre 2000 bis 2005. An diesem Ziel hat der Vorstand festgehalten und mit einer 2. Stufe von SERVICE 21 dieses Konsolidierungsziel weitgehend realisiert. Allerdings sind die mit den Kreisverbänden vereinbarten regionalen Stundenkontingente noch immer nicht auf das vereinbarte Maß abgesenkt worden. Dies bleibt jedoch notwendig, um auch die erheblichen Kosten insbesondere für die laufenden Altersteilzeitverträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu kompensieren.

Darüber hinaus war es das Ziel des Landesvorstandes weitere Konsolidierungsschritte zu erreichen. Ende 2004 konnte deshalb der Kredit aus der Landtagswahl 2000 (rd. 700.000 Euro) beim Parteivorstand getilgt werden.

Der Landtagswahlkampf 2004/2005 war mit Kosten von 1,5 Mio. Euro geplant. Die Gesamtbilanz des Wahlkampfes hat ergeben, dass diese Zielvorgabe trotz des immensen Wahlkampfeinsatzes eingehalten wurde. Um diesen Wahlkampf zu finanzieren, wurde beim Parteivorstand ein Kredit in Höhe von 1 Mio. Euro aufgenommen, der in den Jahren 2006 bis 2009 rückzahlbar ist. Darüber hinaus hat sich der Parteivorstand durch sachliche, personelle und finanzielle Unterstützung in diesem Wahlkampf engagiert. Auch bei den Sonderbeiträgen unserer Mandatsträger in Landtag und Regierung haben wir in den letzten zwei Jahren eine deutliche Verbesserung der Zahlungsmoral erreicht. Außerdem hat sich der Landesvorstand noch im Landtagswahlkampf an einer Mitgliederwerbekampagne des Parteivorstandes beteiligt. Hier gibt es erste Erfolge: Seit November 2004 haben wir 259 neue Mitglieder in unseren Reihen begrüßen können.

Leider stehen dieser positiven Entwicklung absehbar neue große Herausforderungen gegenüber. Da ist zunächst der deutliche Mitgliederrückgang der letzten Jahre, der sich zwar aktuell abgeschwächt hat, aber angesichts der bekannten Alterspyramide unserer Mitgliederschaft ein großes Problem darstellt. Ab 2005 müssen wir von Einnahmeausfällen bei den Beiträgen in Höhe von 80.000 Euro jährlich ausgehen.



Hinzu kommen ab 2005 beträchtliche Mindereinnahmen durch die Verkleinerung des Landtages und einen Rückgang bei den staatlichen Mitteln.

Insgesamt summiert sich diese verschlechterte Einnahmesituation auf eine Gesamtsumme von rund 900.000 Euro in den Jahren bis 2010. Damit steht der neue Landesvorstand vor einer erneuten großen Konsolidierungsanstrengung. Diese lässt sich nur meistern, wenn die Partei in Schleswig-Holstein dies gemeinsam schultert.

Wir haben mit der 2. Stufe von SERVICE 21 viele gute Erfahrungen bei der Zusammenarbeit zwischen Landesverband, Kreisverbänden und Ortsvereinen in der Organisations- und Finanzentwicklung gemacht. Der Landtagswahlkampf hat darüber hinaus zu einem neuen Selbstbewusstsein und einem starken Zusammenhalt der Partei geführt. Auf dieser Grundlage sehe ich eine gute gemeinsame Basis bei der Bewältigung der neuen finanziellen Herausforderungen der SPD in Schleswig-Holstein.

Für die gute Zusammenarbeit danke ich allen, die in den vergangenen zwei Jahren geholfen haben, dass der Landesverband finanziell eine positivere Entwicklung genommen hat.

Bericht über die Arbeit des Landesparteirats

Von Uwe Döring,
Vorsitzender des Landesparteirats

1. Der Landesparteirat

Nach monatelangen leidenschaftlich geführten Diskussionen wurde auf dem Landesparteitag am 12./13. April 2003 der Landesparteirat als neues Gremium des Landesverbandes Schleswig-Holstein geschaffen. Er löste damit den bisherigen Landesausschuss als höchstes Beratungsorgan zwischen den Landesparteitage ab.

Anders als der Landesausschuss ist der Parteirat mit je zwei VertreterInnen der 15 Kreisverbände besetzt und er kann bindende Beschlüsse fassen. Mit der Verkleinerung sollte die Arbeitsfähigkeit des neuen Gremiums gewährleistet werden, die Beschluss-Kompetenz sollte dem Parteirat mehr politisches Gewicht geben. Ziel des Parteirates war und ist es auch, die Kreisverbände schnell und zeitnah in landespolitische Entscheidungen einzubinden.

Nach den ersten beiden Jahren kann man feststellen, dass sich das Konzept bewährt hat: Der Landesparteirat hat seit seiner Konstituierung mit 15 Sitzungen erheblich häufiger getagt als bei der Neufassung der Satzung geplant war. Trotzdem war er immer beschlussfähig. Die selbstgewählte Aufgabe, ein innerparteiliches Diskussionsforum und ein Verbindungselement zwischen Landespolitik und Kreisverbänden zu sein, wurde in vollem Umfang erfüllt. Der Landesparteirat hat sich zu allen aktuellen Themen der Landespolitik eingebracht, und er hat sich zu einem wichtigen, konstruktiven Partner des Landesvorstandes entwickelt. Der Landesparteirat war besonders durch seinen Vorsitzenden aktiv am Entwurf des Wahlprogramms beteiligt und bot den Kreisverbänden ein internes Diskussionsforum für die Aufstellung der Landesliste.

Gerade die letzten dramatischen Ereignisse haben bewiesen, dass alle Mitglieder ihre Aufgabe sehr ernst nehmen und auf aktuelle Notwendigkeiten schnell und zielgerichtet reagieren.

Wir können daher feststellen, dass sich der Landesparteirat in den ersten beiden Jahren seines Bestehens auch in schwierigsten Situationen bewährt hat.

Für die Zukunft zeichnen sich, gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse im Landtag, die weiteren Aufgaben deutlich ab: Wir müssen eine inhaltlich programmatische Arbeit aus eigenem Antrieb entwickeln und die Partei bei der dringend erforderlichen Arbeit zur Personalentwicklung - auch für Führungs-

positionen - unterstützen. Wir müssen heute schon beginnen, die nächsten Wahlen inhaltlich und personell vorzubereiten: Dies gilt für die Bundestagswahl im nächsten Jahr ebenso wie für die Kommunalwahl 2008 und schließlich für die nächste Landtagswahl in fünf Jahren.

Wir müssen die Partei darin unterstützen, die derzeitige schwierige Lage zu meistern und gestärkt und selbstbewusst verlorenes Terrain wiederzugewinnen. Mit dem Landesparteirat verfügt die SPD Schleswig-Holstein neben Landesvorstand und Landesparteitag über ein weiteres, ernst zu nehmendes und arbeitsfähiges Gremium für diese schwierigen Aufgaben.

2. Überblick über die bisherige Arbeit

■ In der konstituierenden Sitzung am 20. Mai 2003 wurde Uwe Döring (KV Neumünster) zum Vorsitzenden und Anke Nöbel (Jusos) zur stellv. Vorsitzenden gewählt. Nach den turbulenten Ereignissen um die Neuwahl des Landesvorstandes konnte der neue Landesvorsitzende Claus Möller in dieser Sitzung den Kurs der SPD Schleswig-Holstein als linken Landesverband in der Diskussion um die AGENDA 2010 abstecken. Die Segelanweisung lautete „Den roten Faden der sozialen Gerechtigkeit“ wieder sichtbar zu machen. So konnte nach der ersten Sitzung des Landesparteirats der Öffentlichkeit mitgeteilt werden: „Die SPD ist wieder bei der Arbeit!“

■ Am 3. Juli 2003 wurde der Entwurf des Landeshaushalts 2004/2005 beraten. Hauptdiskussionspunkt war dabei die Erhöhung der Förderung der Kindertagesstätten auf 60 Mio. Euro jährlich.

■ Am 3. September 2003 wurde erneut engagiert über die Förderung der Kindertagesstätten und der geplanten Rahmenvereinbarung über die Übertragung der Förderung auf die Kreise und kreisfreien Städte diskutiert und der geplante Abschluss einer Rahmenvereinbarung durch die Landesregierung unterstützt. Darüber hinaus wurde der Leitantrag zur Europapolitik des Landesparteitages am 20. September 2003 beschlossen sowie ein Bericht der AG des Landesvorstandes zur Reform der sozialen Sicherungssysteme entgegen genommen.

■ In der Sitzung am 5. November 2003 wurde Helga Schirmacher (KV Stormarn) als stellv. Vorsitzende und Nachfolgerin von Anke Nöbel gewählt, die inzwischen vom Landesparteitag in den Landesvorstand nachgewählt worden war. Weitere Tagesordnungspunkte waren: der Bundesparteitag in Bochum, der Stand der Umsetzung der 2. Stufe zu SERVICE 21 und die Beratung der vom Landesparteitag überwiesenen Anträge.

■ Die Sitzung am 3. Februar 2004 stand mit der Beratung über den Stand des Wahlprogramms bereits im Zeichen der Landtagswahl 2005. Im übrigen wurde der Landesparteitag Bildung am 7. März 2004 und das Wahlkampfkonzept für die Europawahl behandelt. Der Haushalt 2004 und die mittelfristige Finanzplanung des Landesvorstandes wurden gebilligt.

■ Am 24. Februar 2004 wurde der Programmschwerpunkt „Zukunft Meer“ vorgestellt, mit dem die Landesregierung und die Partei eine neue Politikinitiative starten will, und gleichzeitig wurde der weitere Fahrplan für die Programmkommission festgelegt. Zu Beginn der Sitzung am 1. Juni 2004 wurde die neue Sozialministerin Gitta Trauernicht dem Landesparteirat vorgestellt. Schwerpunkt der Sitzung war die Vorbereitung des Landtagswahlkampfes 2005. Es wurden das Wahlkampfkonzept, die Strategie, Werbelinie und Veranstaltungsplanung vorgestellt. Danach wurde das Regierungsprogramm 2005 erläutert und beschlossen sowie der Druck der Kurzfassung als Broschüre freigegeben. Nach längerer Diskussion wurde darüber hinaus ein einstimmiger Beschluss über die Struktur der Landesliste gefasst.

■ Am 7. September 2004 diskutierte der Landesparteirat über die Einführung einer Bürgerversicherung und ließ sich über den Stand der Planung von Hartz IV informieren.

■ Am 30. November 2004 tagte der Landesparteirat zusammen mit dem 3. KandidatInnen-Treffen zur Landtagswahl. Es wurden die Wahlkampfstrategie, die Vorstellung weiterer Elemente der Werbelinie, das Mobilisierungskonzept und die Veranstaltungsplanung diskutiert und beschlossen.

■ Vor dem Landesparteitag am 23./24. Oktober 2004, der über Programm und Listenvorschlag zu beschließen hatte, tagte der Landesparteirat am 23. Oktober 2004 vormittags über den geänderten Listenvorschlag des Landesvorstandes und billigte diesen nach einer intensiven und engagierten Diskussion.

■ Am 21. Februar 2005 und 8. März 2005 wurde der Landesparteirat über das weitere Vorgehen nach der Landtagswahl bzw. über erste Ergebnisse der Koaliti-

onsvereinbarungen informiert. Das Votum für dieses Vorgehen war jeweils einstimmig.

■ Am 14. März 2005 billigte der Landesparteirat einstimmig den geplanten Koalitionsvertrag mit Bündnis 90/Die Grünen und die Tolerierungsvereinbarung mit dem SSW zur Stützung dieser Minderheitsregierung. Er empfahl gleichzeitig dem Landesparteitag die Annahme.

Wenige Tage später, am 18. März 2005, musste der Landesparteirat in gemeinsamer Sitzung mit dem Landesvorstand mit Bestürzung die nicht erfolgte Neuwahl von Heide Simonis zur Ministerpräsidentin durch eine/n Abwechler/in zur Kenntnis nehmen. Mit tiefer Betroffenheit wurde der Verzicht von Heide Simonis auf das Amt der Ministerpräsidentin aufgenommen.

Landesvorstand und Landesparteirat würdigten die überragenden Leistungen von Heide Simonis, die sich um Schleswig-Holstein verdient gemacht hat.

Für die Sondierungsgespräche mit allen Fraktionen im Landtag über die Regierungsbildung wurden der Landesvorsitzende Claus Möller, der Fraktionsvorsitzende Lothar Hay und der Landesparteiratsvorsitzende Uwe Döring beauftragt. Sie wurden dem Landesparteirat am 30. März 2005 berichtet. Auch diesmal wurden die Kreisverbände direkt informiert und ihnen wurde Platz für eine Diskussion der aktuellen Lage eingeräumt. Der Vorschlag des Landesvorstandes über die Besetzung der Verhandlungsgruppe und die Schwerpunkte unserer Verhandlungsziele wurde bei einer Stimmenthaltung einstimmig gebilligt.

Bericht der Revisionskommission 2003 bis 2004

Von Gerd Nowak, Mitglied der Revisionskommission

Am 13. April 2003 wurden auf dem Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein in Bad Segeberg für die Revisionskommission folgende Mitglieder gewählt: Bärbel Bergner aus Tangstedt, Eckhard Finger aus Kiel, Gerhard Nowak aus Meldorf, Renate Pfau aus Heikendorf und Peter A. Schneider aus Rendsburg.

Auf der konstituierenden Sitzung am 5. Juni 2003 wählten die Revisoren Gerhard Nowak zum Vorsitzenden der Kommission und Bärbel Bergner zur Vertreterin. Beide konnten laut Satzung an den Landesvorstandssitzungen und den Sitzungen des Parteirates teilnehmen und der Vorsitzende erhielt die entsprechenden Protokolle. Die Informationen aus dem Landesverband wurden in der Regel von Klaus Moseleit und Christian Kröning erteilt. Zu sechs Sitzungen wurden die Revisoren vom Landesverband geladen, um die Belege und die Finanzunterlagen zu prüfen. Durch die Auslagerung der Buchführung des Landesverbandes an das Büro der Office Consult in Berlin, die für die Erfassung und Verarbeitung der Belege zuständig ist, werden jetzt jederzeit aktuelle Auswertungen wie z. B. Summen- und Saldenlisten, Haushalts- und Finanzpläne erstellt, die den Revisoren vom Landesverband zur Prüfung vorgelegt

werden. Aufgrund dieser Unterlagen erläutert Klaus Moseleit die Vermögenslage des Landesverbandes, die mittelfristige Finanzplanung, die 2. Stufe von Service 21 und die Finanzpläne zur Europawahl.

Die finanziellen Auswirkungen aufgrund des Mitgliederschwundes sind zwar unerfreulich, werden aber durch Neuzugänge und bessere Beitragsehrlichkeit aufgefangen. Die Haushaltsergebnisse 2003 und 2004 sowie die Rechenschaftsberichte bestätigen den Konsolidierungskurs der Landespartei.

Die Abrechnung des Landtagswahlkampfes 2005 werden die neu gewählten Revisoren prüfen. Die vorgelegte Bilanzierung des Wahlkampfbudgets zeigt, dass die veranschlagten Wahlkampfkosten nicht überschritten sondern sogar unterschritten wurden. Die Mandatsabgaben müssen gemäß Satzung neu festgelegt werden.

Die Revisoren schlagen den Delegierten vor, den Landesschatzmeister und den Landesvorstand für die Jahre 2003 und 2004 zu entlasten.

Bericht der Landesschiedskommission 2003 bis 2005

Von Joachim Scheidler, Vorsitzender der Landesschiedskommission

Während der Berichtszeit von März 2003 bis Februar 2005 ist ein Parteiordnungsverfahren in Verbindung mit einer Sofortmaßnahme des Landesvorstandes bei der Landesschiedskommission anhängig geworden.

Es handelte sich um einen Konflikt, der in Zusammenhang mit dem schlechten Abschneiden der SPD bei der Kommunalwahl 2003 stand. Aufgrund erfolgreicher Vermittlungsbemühungen wurde das Parteiordnungsverfahren erfreulicherweise nicht weiterverfolgt und konnte eingestellt werden.

Mitglieder der Schiedskommission waren Joachim Scheidler als Vorsitzender, Norbert Scharbach und Klaus-Jürgen Esch als stellvertretende Vorsitzende, sowie Klaus-Peter Puls, Ellen Mangold, Wolfgang Engelmann und Ulf von Hielmcrone als weitere Mitglieder.

Der ordentliche Landesparteitag am 12. und 13. April 2003 in Bad Segeberg

Der ordentliche Landesparteitag am 12. und 13. April 2003 in Bad Segeberg traf wichtige Entscheidungen. Zu Beginn des Parteitages hielt Prof. Franz Walter, Prof. für Politikwissenschaften an der Universität Göttingen, einen Vortrag mit dem Titel „An der Macht und in der Identitätskrise - die SPD in der Verantwortung“. Er traf mit seinen Thesen die Stimmung nach der im März 2003 verlorenen Kommunalwahl. In der sich anschließenden Debatte mischten sich Frust über die Bundespolitik und die Erwartung, das Profil der Nord-SPD nachhaltig zu stärken. Der Vortrag kann als DVD in der Landesgeschäftsstelle abgerufen werden.

Inhaltlich konzentrierte sich die Diskussion auf die Anträge „Mut zur Vision, Kraft zur Erneuerung, unser Kurs für ein modernes, solidarisches und gerechtes Schleswig-Holstein“, die Kern-Resolution und auf den Antrag des Landesvorstandes „Plädoyer für Sicherheit im Wandel“. Beide wurden mit wenigen Gegenstimmen vom Parteitag angenommen. Außerdem wurde der Beschluss gefasst, dass über die Umsetzung der vom Bundeskanzler vorgelegten Agenda 2010 ein Sonderparteitag entscheiden muss.

Der Parteitag beschloss zwei Satzungsänderungen. Zur Stärkung der Basis wurde der Landesausschuss ersetzt durch den Landesparteirat, der sich aus jeweils zwei Vertretern der Kreisverbände und den vier Vertretern der größten Zielgruppen-Arbeitsgemeinschaften zusammensetzt, die vom Landesparteitag gewählt werden. Der Landesvorstand wurde von 17 auf 11 Personen verkleinert.

In seiner Rede bezeichnete Franz Thönnies die Kommunalwahl als bittere Niederlage und forderte eine offene Aussprache und kontroverse Debatte. Er begründete die Niederlage mit Orientierungsproblemen, der Verdrängung des Demographischen Wandels, dem kritischen Zustand des Arbeitsmarktes sowie der sozialen Sicherungssysteme. Für die Menschen gab es mehr Fragen als Antworten. Positiv bewertete Franz Thönnies die souveräne Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Krieg gegen den Irak. Durch die Zusammenlegung der Sozialhilfe mit der Arbeitslosenhilfe werde der Einstieg in eine Reform der Arbeitsverwaltung gemacht.

In der anschließenden Wahl des Landesvorsitzenden erhielt Franz Thönnies im ersten Wahlgang nicht die zur Wiederwahl erforderliche Mehrheit und gab bekannt, dass er für einen zweiten Wahlgang nicht zur Verfügung steht.

Nach internen Beratungen wählte der Parteitag Claus Möller mit großer Mehrheit zum neuen Vorsitzenden.

Der Landesvorstand:

Landesvorsitzender:
Claus Möller

Stellvertretende Landesvorsitzende:
Sandra Redmann

Stellvertretender Landesvorsitzender:
Detlef Buder

Landesschatzmeister:
Jörg Wenghöfer

Beisitzerinnen und Beisitzer:
Bernd Rohwer
Falk Stadelmann
Brigitte Fronzek
Clara West
Jutta Schümann
Bernd Saxe
Bettina Hagedorn

Heide Simonis zog in ihrer Rede Bilanz aus der Kommunalwahl mit dem Fazit, dass die CDU nicht aus eigener Kraft gewonnen hat. „Sie ist wegen unserer Schwäche so stark geworden. Wir müssen schonungslos analysieren, Konsequenzen ziehen und den Blick nach vorne richten“, so Simonis. Deshalb müssen wir uns auf unsere zentralen Politikfelder Bildung, Arbeit und Wirtschaft konzentrieren. Wir müssen Prioritäten setzen mit einer Offensive gegen Unterrichtsausfall, mit einer Ausbildungsoffensive, einer Verwaltungs- und Funktionalreform für eine bürgerfreundlichere Verwaltung, einer Reform der sozialen Sicherungssysteme und der Steuersysteme. Jeder Arbeitslose muss einen individuellen Handlungsplan und nach einem Jahr ein Pflichtangebot bekommen, um die Kürzung der Bezugsdauer von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung zu rechtfertigen. Im Anschluss an ihre Rede wurde Heide Simonis einstimmig zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2005 nominiert.



Außerordentlicher Landesparteitag und Landeshwahlkonferenz am 20. September 2003 in Kiel

Für ein demokratisches und soziales Europa

In der Landeshwahlkonferenz am 20. September stand die Beschlussfassung des Leitantrags „Für ein demokratisches und soziales Europa – unsere Antwort auf die Globalisierung“ und die Wahl der Kandidaten für die Liste zur Europawahl im Mittelpunkt.

Als wichtiges Anliegen der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten wurde eine einheitliche europäische Außenpolitik gefordert, die international eine aktive Rolle übernimmt, die die Osterweiterung der EU als ökonomische Herausforderung gerade für Schleswig-Holstein begrüßt und klare beschäftigungs- und sozialpolitische Ziele fordert. Besonders hervorgehoben wurde die geographische Lage Schleswig-Holsteins in der Mitte der EU und der sich daraus ergebenden Perspektive als Land zwischen den Meeren.

Bei der Wahl für Listenplatz 1 erhielt Willi Piecyk mit 124 Ja-Stimmen von 129 anwesenden Delegierten ein sehr gutes Ergebnis. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz erhielt Willi Piecyk mit Listenplatz 13 einen sicheren Platz zum Einzug in das Europäische Parlament. Ersatzbewerberin für Listenplatz 1 ist Ulrike Rodust.



Im Mittelpunkt des außerordentlichen Landesparteitages stand die Rede von Prof. Kruse (vom Institut für Gerontologie in Heidelberg, siehe Bild rechts) mit dem Thema „Demographischer Wandel in Deutschland“ und die Beschlussfassung zur „Reform der Sozialsysteme“.

Der aktive Beitrag des Alters für unsere Gesellschaft

Prof. Kruse hinterfragte die Sichtweise unserer Kultur, die Altern hauptsächlich im Sinne von Defiziten interpretiert und nicht im Sinne der Entwicklung von seelischen und geistigen Ressourcen. Diese einseitige Sichtweise verbaut den Blick auf die Erfahrungen und Wissenssysteme älterer Menschen. Als Mitglied eines 15-köpfigen wissenschaftlichen Komitees der Vereinten Nationen hatte Prof. Kruse Gelegenheit,

altersfreundliche Kulturen in anderen Gesellschaften kennen zu lernen. Dort wurde das Wissen älterer Menschen nicht nur genutzt sondern ausdrücklich erfragt - von der Familie bis hin zu politischen Entscheidungen. In vier Schritten berichtete Prof. Kruse über Daten der demographischen Entwicklung, der möglichen Konflikte und erkennbaren Formen von Solidarität zwischen den Generationen und der Annahme, dass unsere Gesellschaft (durch die Nutzung des Wissens, der Erfahrung und der Handlungsstrategien alter Menschen) und die Solidarität zwischen den Generationen trotz des Strukturwandels unserer Bevölkerung erhalten bleibt.

Wir sorgen für soziale Sicherheit

Finanzierungs- und Vertrauenskrise der Solidarsysteme

„Soziale Sicherheit für alle Bevölkerungsgruppen und Generationen dauerhaft zu gewährleisten, ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit und damit ein zentrales Anliegen der deutschen Sozialdemokratie.“ Unter dieser These erarbeitete der Arbeitskreis Soziales unter der Leitung vom Landesvorsitzenden Claus Möller den Leitantrag des Landesvorstandes. Unter besonderer Berücksichtigung der demographischen Entwicklung und der Auswirkung auf die Renten-, Pflege- und Krankenversicherung müssen langfristige Strukturreformen eingeleitet werden. Das gebietet die ökonomische Vernunft und die soziale Verantwortung.

Kernpunkte der Forderungen waren folgende vier Punkte:

- Strukturreform der sozialen Sicherungssysteme
- Umstellen auf eine stärkere Steuerfinanzierung
- Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen bei Gesundheit und Pflege
- Definition der Eigenvorsorge in allen 4 Systemen

Der Antrag wurde mit einigen Änderungen aus den Anträgen der AG 60plus mit großer Mehrheit beschlossen.



Außerordentlicher Landesparteitag am 07. März 2004 in Norderstedt

Lernen für die Zukunft

Von Detlef Buder

Der Landesparteitag am 12./13. April 2003 in Bad Segeberg hatte die bildungspolitischen Anträge an den Bildungsparteitag 2004 überwiesen, der aufgrund von Annahme Ä 1 zu B 1, Antragsteller Juso-Landesverband, initiiert wurde:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Für die SPD Schleswig-Holstein ist Bildung ein zentrales Thema.

Nur mit einer nachhaltigen Bildungspolitik, die langfristig Bildung und Ausbildung von höchster Qualität in Schleswig-Holstein garantiert, kann unser Land sich im nationalen und internationalen Wettbewerb behaupten.

Deshalb muss die SPD Schleswig-Holstein ihre Position zu diesem zentralen Thema neu definieren. Sie wird Anfang 2004 einen ausschließlich dem Thema Bildung gewidmeten Parteitag durchführen.

Der ursprüngliche Antrag wird als Diskussionspapier für diesen Parteitag an Landesvorstand, Landesparteierrat und die AfB sowie die Landtagsfraktion überwiesen.

Auf seiner Klausurtagung am 15. Juni 2003 in Neumünster hat der Landesvorstand Detlef Buder und Klaus Moseleit mit der Einrichtung einer Vorbereitungsgruppe für den Bildungsparteitag im Frühjahr 2004 beauftragt. Als Interessent für die Vorbereitung hat sich noch in der Sitzung Heiko Winkel-Rienhoff gemeldet; die Jusos wollten sich ebenfalls intensiv an der Vorbereitung beteiligen. Die Vorbereitungsgruppe sollte einen Leitantrag für den Bildungsparteitag erarbeiten, der im 1. Quartal 2004 stattfinden sollte. Ein erster Entwurf für den Leitantrag sollte Ende Dezember 2003 vorliegen.

In der Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes am 24. Juni 2003 wurde die Zusammensetzung der Vorbereitungsgruppe noch einmal präzisiert. Vertreten sein sollten die Landtagsfraktion, das Bildungsministerium, die AfB und die Jusos. Die Vorbereitungsgruppe sollte danach nicht nur einen Leitantrag erarbeiten, sondern auch Vorschläge für den Ablauf des Parteitages machen.

Zu den Sitzungen der Vorbereitungsgruppe wurden eingeladen: Detlef Buder, Mathilde Diederich, Klaus Moseleit, Hajo Hoffmann, Henning Höppner, Hellmut Körner, Jusos; Rolf Kuhl, Wolfgang Meyer-Hesemann, Gaby Romig, Michael Schmidt-Neke, Ulf von Hielmcrone, Jürgen Weber, Heiko Winkel-Rienhoff. Eine erste Sitzung fand am 15. September 2003 von 17:00-19:30 Uhr statt. Teilgenommen haben: Buder, Detlef; Diederich, Mat-



hilde; Hoffmann, Hajo; Kuhl, Rolf; Meyer-Hesemann, Wolfgang; Moseleit, Klaus; Romig, Gaby; Weber, Jürgen.

Die Vorbereitungsgruppe unterstützte dabei das Bemühen von Detlef Buder, im Vorfeld der inhaltlichen Festlegung der Gruppe Gespräche mit möglichst vielen verschiedenen Menschen aus dem Bildungsbe- reich zu führen (Gespräche mit Elternvertretern und Schülervertretern, Gewerkschaften und Berufsvertre- tern, Vertretern aus dem Bereich Hochschule, Wis- senschaft und Forschung, Kita/Vorschule/Jugendhilfe und Weiterbildung/Wirtschaft). Von den Gesprächen wurden Zusammenfassungen erstellt und den Mit- gliedern der Vorbereitungsgruppe zugesandt. Bei allen Gesprächen sollte es darum gehen die Po- sitionen der Eingeladenen aufzunehmen und nicht eigene zu präsentieren. Wir wollten signalisieren, dass wir die Menschen vor unserer Meinungsbildung hören wollten. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass auch alle zu Wort kommen.

Alle Materialien wurden von Detlef Buder und Klaus Moseleit durchgearbeitet und sie strebten an, bis Ende Oktober einen ersten Textentwurf für einen Leitantrag zu erstellen. Dieser sollte dann in einer weiteren Sitzung der Vorbereitungsgruppe am 12. November bearbeitet werden. Ob ein weiterer Termin notwendig würde, sollte bei diesem Termin entschieden werden. Der fertige Text sollte dann zur Beschlussfassung an den Landesvorstand übergeben werden, der noch im Jahr 2003 einen Leitantrag verabschieden sollte, damit er noch im gleichen Jahr an die Gliederungen zur Diskussion versandt werden könnte.

Am 25. Oktober fand eine AfB-Landeskonferenz statt. Es wurde angestrebt, mit der Erarbeitung des Tex- tentwurfes für den Leitantrag so weit zu kommen, dass einzelne Punkte des Entwurfs bereits dort einer

ersten Diskussion unterworfen werden könnten. In jedem Fall sollten die Ergebnisse der Konferenz mit in die Beratung der Vorbereitungsgruppe für den Text des Leitantrages einfließen.

Für den Text selber wurde angestrebt, dass er eine maximale Länge von vier Seiten haben sollte. Der Antrag sollte kein umfassendes, alles enthaltendes und in die tiefsten Tiefen gehendes Grundlagenpapier werden. Er sollte die zentralen „Schritte in die bildungspolitische Zukunft in Schleswig-Holstein“ in den nächsten Jahren beschreiben. Eine Spiegelstrich-Diskussion im „Klein-klein“ sollte dringend vermieden werden. Der Leitantrag sollte thesenartig nach außen darstellbar sein und einfache klare Botschaften an die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein enthalten. Er sollte die Frage beantworten: **Wie wollen wir das Bildungssystem der Zukunft in Schleswig-Holstein gestalten?**

Treffen der Gruppen

■ Am 16. September 2003 fand ein Treffen mit Vertreter/innen der Landeseltern- und Landeschüler/innen/schaft statt, zu dem Landeselternbeiräte: LEB für Grund-, Haupt-, und Sonderschulen in SH; LEB der Realschulen in SH; LEB der Gymnasien in SH; LEB der Gesamtschulen in SH; LEB der beruflichen Schulen in SH; LEB der Freien Waldorfschulen sowie Landeschülervertretungen: Landeschülersprecher der Gymnasien und Gesamtschulen; Landeschülersprecherin der Realschulen in SH; Landeschülersprecher der Berufsschulen in SH eingeladen waren. Buder, Detlef; Buller, Ulrike (LEB der Realschulen in SH); Bürster, Horst (LEB der beruflichen Schulen in SH); Eggert, Michael (Landeschülersprecher der Berufsschulen in SH); Franzen, Heike (LEB für Grund-, Haupt-, und Sonderschulen in SH); Jendritzki, Adrian (Landeschülersprecher der Realschulen in SH); Ledwig, Michael (Landeschülersprecher der Realschulen in SH); Moseleit, Klaus; Peters, Karin (LEB der Gesamtschulen in SH); Schmidt, Andrea (Landeschülersprecherin der Gymnasien und Gesamtschulen); Steinau, Laura (Landeschülersprecherin der Gymnasien und Gesamtschulen); Weber, Juliano (Landeschülersprecher der Berufsschulen in SH) diskutierten **über die Vorstellungen, die Eltern und Schüler zum zukünftigen Bildungssystem haben.**

■ Am 29. September 2003 fand ein Treffen mit Vertreter/innen der Berufsverbände und Gewerkschaften statt, zu dem GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft SCHLESWIG-HOLSTEIN; VBE Landesbüro; VDR – Verband Deutscher Realschullehrer; BLBS - Landesverband Schleswig-Holstein Landesbüro; Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen LV SH; ver.di Fachbereich (05) Bildung, Wissenschaft und Forschung; Grundschulverband Schleswig-Holstein; Philologenverband S-H; DBBSH – Beamtenbund und Tarifunion Landesbund Schleswig-Holstein eingeladen waren.

Buder, Detlef (musste wegen Krankheit kurzfristig absagen); Kuhnke, Nils, (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen LV SH); Moseleit, Klaus; Pahlke, Sybille (Grundschulverband Schleswig-Holstein); Posselt, Carlo, (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen LV SH) diskutierten **über die Vorstellungen, welche die Verbände für ein zukünftiges Bildungssystem haben.**

■ Am 22. Oktober 2003 fand ein Treffen mit Vertreter/innen aus dem Bereich KiTa und Jugendhilfe statt, zu dem Diakonisches Werk Schleswig-Holstein, Landesverband der Inneren Mission e. V.; Verband Ev. Kindertageseinrichtungen in SH e. V.; AWO Arbeiterwohlfahrt Landesverband Schleswig-Holstein e.V.; Caritasver-

band für Schleswig-Holstein e.V.; Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Schleswig-Holstein e.V.; Landesjugendring Schleswig-Holstein e.V.; Schleswig-Holsteinischer Elternverein; DRK-Landesverband Schleswig-Holstein e.V. Kinder- und Jugendhilfe Nord GmbH; Fachhochschule Kiel; Jugendpflege; Deutscher Kinderschutzbund; Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Schleswig-Holstein e.V.; Schleswig-Holsteinischer Gemeindegeschäftsstelle; Städteverband Schleswig-Holstein; Schleswig-Holsteinischer Landkreistag Haus der kommunalen Selbstverwaltung; GEW-Landesverband Schleswig-Holstein; Miteinander Leben e.V.; Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Schleswig-Holstein e.V. eingeladen waren.

Buder, Detlef; Dräbing, Jürgen (Jugendpflege); Hild, Susanne (Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Schleswig-Holstein e.V.); Martens, Rolf (Schleswig-Holsteinischer Landkreistag Haus der kommunalen Selbstverwaltung); Moseleit, Klaus; Müller-Cerwonka, Beate (AWO Arbeiterwohlfahrt Landesverband Schleswig-Holstein e.V.); Potten, Markus (Verband Ev. Kindertageseinrichtungen in SH e. V.) diskutierten **über die Möglichkeiten, KiTa und Jugendhilfe stärker in das Bildungssystem einzubeziehen, sie zu einem integralen Teil des Bildungssystems zu machen.**

■ Am 27. Oktober 2003 fand ein Treffen mit Vertreter/innen aus dem Hochschulbereich statt, zu dem Christian-Albrechts-Universität Kiel AstA; Fachhochschule Kiel AstA; Universität zu Lübeck Allgemeiner Studierendenausschuss; Fachhochschule Lübeck AstA; Universität Flensburg AstA; Fachhochschule Flensburg AstA; Die Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz SH Rektorin der Musikhochschule Lübeck; Juso-Hochschulgruppe Kiel c/o AstA Uni Kiel; Landesastenkonzferenz Schleswig-Holstein Universität Kiel, LAK-Sekretariat/ AstA; Multimedia Campus Kiel; Media Docks; Rektorat der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; Rektorat der Fachhochschule Kiel; Rektorat der Universität zu Lübeck; Rektorat der Fachhochschule Lübeck; Rektorat der Universität Flensburg; Rektorat der Fachhochschule Flensburg; Rektorat der Fachhochschule Westküste; Rektorat der Muthesius-Hochschule eingeladen waren.

Buder, Detlef; Demuth, Prof. Dr. Reinhard (Rektor CAU Kiel); Dunkel, Prof. Dr. Heiner (Rektor Uni Flensburg); Ehrich, Martina (ASTA FH-Kiel); Fromm, Prof. Dr. Ludwig (Rektorat Muthesius-Hochschule); Gocke, Antje (ASTA Uni Lübeck); Havs, Sören (StuPa FH-Kiel); Hulka, Jennifer (ASTA FH-Kiel); Lempart, Michael (ASTA FH-Kiel); Moseleit, Klaus; Obmann, Björn (ASTA Vorsitzender CAU Kiel); Reimers, Prof. Dr. Walter (Rektor FH Kiel); Reinantz, Prof. Dr. Dirk (Prorektor Muthesius-Hochschule); Römhild, Prof. Dr. Inge Susann (MHS Lübeck); Schmucker, Prof. Dr. Peter (Rektor Uni Lübeck) diskutierten **über die notwendigen Entwicklungen im Bereich der Hochschulen, um diese strukturell und inhaltlich zukunftsfähig zu gestalten.**

■ Am 30. Oktober 2003 fand ein Treffen mit Vertreter/innen der Wirtschaft und aus dem Weiterbildungsbereich statt, zu dem Akademie Sankelmark im Deutschen Grenzverein e.V.; Arbeit und Leben LAG Schleswig-Holstein e.V.; ASU – Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer; AWO Bildungszentrum für Altenhilfe; Berufsfortbildungswerk des DGB GmbH Berufsbildungsstätte Husum; bfw – Unternehmen für Bildung Schleswig-Holstein; BJU - Bundesverband Junger Unternehmer Landesvorsitzender; DAA Deutsche Angestellten Akademie e.V. - Zentrale -; Ev.-Luth. Landvolkshochschule Koppelsberg; Frauennetzwerk zur Arbeitssituation Kiel e.V.; Frauennetzwerk zur Arbeitssituation Kiel e.V.; Handwerkskammer Lübeck; Industrie- und Handelskammer zu Flensburg; Industrie- und Handelskammer zu Kiel; Industrie und Handelskammer zu Lübeck; Institut für berufliche Aus- und Fortbildung (IBAF) GmbH des Diakonischen Werkes; Investitionsbank Schleswig-Holstein; Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein; Landjugendverband Schleswig-Holstein e.V.; Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG); Photo+Medienforum Kiel; Studien- u. Fördergesellschaft der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft e.V.; UV Nord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und

Schleswig-Holstein e.V.; Verein für pädagogische Initiativen und Kommunikation e.V. - Pädiko – de; Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH eingeladen waren.

Beckers, H.-J. (IHK Kiel); Behrsing, Wolfgang (LV der VHS & Landeszentrale für pol. Bildung); Buder, (Detlef musste wegen Krankheit kurzfristig absagen); Hoffmeister, Ulrich (IHK Lübeck); Koppmann, Marlen (Akademie am See, Koppelsberg); Maack, Christian (HWK-Lübeck); Moseleit, Klaus; Nottebohm, Ina (Akademie am See, Koppelsberg); Pfannschmidt, Ina (Landjugendverband SH e. V.); Prochnow, Peter (Berufsbildungswerk); Rentsch, Harald (Landesverband der VHS); Schimmer, Andreas (IBAF, Rendsburg); Schmidt, Sönke (Landjugendverband SH e. V.) diskutierten über die Anforderungen der Wirtschaft an ein zukünftiges Bildungssystem sowie über die notwendigen Leistungen der Wirtschaft für das Bildungssystem. Gleichzeitig wurde über die Lage der Weiterbildung im Lande diskutiert und wie sie weiterzuentwickeln wäre.

■ Am 9.11.2003 wurde ein erster Textentwurf für einen Antrag auf dem Landesparteitag verfasst und an die Vorbereitungsgruppe gegeben und am 12.11.2003 sowie am 24.11.2003 bearbeitete die Vorbereitungsgruppe den Entwurf des Antragstextes in langen Arbeitssitzungen.

Detlef Buder hat dann wie in der ursprünglichen Planung vorgesehen am 4.12.2003 dem Landesvorstand den Entwurf des Leitantrages ausführlich erläutert. Nach weiteren Informations- und Abstimmungsgesprächen mit Fachleuten aus dem Bildungsbereich, sowie mit der Fraktion und der Regierung hat der Landesvorstand am 17.12.2003 seinen Antrag für den Bildungsparteitag beschlossen und dazu die folgende Presseerklärung am 22.12.2003 auf einer Pressekonferenz herausgegeben:

Lernen für die Zukunft

„Das deutsche Bildungssystem muss sich verändern.“ Spätestens seit der Diskussion über die Ergebnisse der IGLU- und PISA-Studien stimmen alle dieser Aussage zu. Wir Sozialdemokraten stellen uns der damit verbundenen Aufgabe. Für uns geht es dabei nicht um Bildungsrevolution. Wir wollen aber eine zügige, zielgerichtete Evolution unseres Bildungssystems. Dabei orientieren wir uns an der aktuellen Bildungsdiskussion, an den Ergebnissen der Studien und an den erfolgreichen skandinavischen Beispielen. Auch in Skandinavien haben vor Jahrzehnten Sozialdemokraten ein politisches Bildungsziel beschrieben und sich auf einen langen und schließlich erfolgreichen Weg der evolutionären Veränderung begeben. Diese Veränderungen und das jetzt erreichte wird inzwischen von allen Gesellschaftlichen Gruppen im Grundsatz getragen.

Die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein haben eine lange Tradition, früh gesellschaftlich relevante Themen aufzugreifen, die notwendigen Ziele zu beschreiben und schließlich erfolgreich umzusetzen (z.B. Eutiner Erklärung zur Deutschlandpolitik in den 60er Jahren, Ausstieg aus der Atomenergie in den 80er Jahren).

Der Landesvorstand hat mit seinem einstimmigen

Beschluss über einen Leitantrag „Lernen für die Zukunft“ zur langfristigen Bildungspolitik in Deutschland und in Schleswig-Holstein wieder ein Thema von dieser Relevanz aufgenommen. Dieser Beschlusstext entstand nach mehreren Anhörungen unterschiedlicher Personengruppen aus den unterschiedlichen Bereichen entsprechend unserem erweiterten Bildungsbegriffs und in Abstimmung mit der Landtagsfraktion und der Bildungsministerin.



Dr. Andreas Schleicher, Koordinator der internationalen PISA-Studie bei der OECD in Paris, bei seiner Rede

Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte:

Unser Bildungssystem steht vor den sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Bildung und Wissen entscheiden über unsere gesellschaftliche Zukunft.

Um das Bildungssystem in Deutschland zukunftsfähig zu entwickeln, sind große öffentliche und private Anstrengungen erforderlich. Wir brauchen mehr und bessere Bildung für alle, um Leistungsfähigkeit und Kreativität in allen Fassetten voll zu erschließen. Ein hohes Bildungsniveau und leistungsfähige Bildungseinrichtungen sind die wichtigste Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes im globalen Wettbewerb. Investitionen in die Bildung sind also Zukunftsinvestitionen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Bildung darf nicht als Konsumkostenfaktor betrachtet werden.

Zur langfristigen Sicherung der Zukunftsfähigkeit ist also ein Strukturwandel in allen Bereichen des Bildungssystems in Deutschland und Schleswig-Holstein notwendig. Dieser Aufgabe müssen sich alle stellen: Staat, Kommunen, alle öffentlichen Einrichtungen, die Wirtschaft und alle Bürgerinnen und Bürger. Dazu wollen wir Sozialdemokraten mit diesem Antrag den Blick über die vielen zu lösenden Alltagsfragen hinweg auf die nächsten Jahrzehnte werfen.

■ Erweiterter Bildungsbegriff

Bildung ist für die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein nicht nur eine Frage der Wissensvermittlung. Bildung ist auch eine Frage des Erlernens moto-

rischer Abläufe, des Ausschöpfens kreativer Anlagen, der Erfahrungen der Sinne und des Erlebens von Gemeinschaft. Dieser Bildungsbegriff betrifft neben Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen auch Vorschulen, Kindergärten, Jugendhilfe, außerschulische Jugendarbeit und außerschulische Lernräume und nicht zuletzt berufliche Ausbildung. Sie sind in das neue Bildungssystem grundsätzlich einzubeziehen. Bildung betrifft alle Altersgruppen im Sinne der Forderung nach einem „Lebenslangen Lernen“.

Bildung muss mit „Lust am Lernen“ verbunden sein. Ein neuer ganzheitlicher bildungspolitischer Anspruch muss vom Lernenden und nicht vom Lehrenden aus gedacht werden. Die Schulen sollen zu „Häusern des Lernens“ weiterentwickelt werden. Die Kommunen als Träger der Bildung, Weiterbildung und Kultur sollen eine größere Eigenverantwortung für Schule und Bildungseinrichtungen erhalten. Schulen und Bildungseinrichtungen sollen im Rahmen ergebnisorientierter Bildungsstandards mehr Eigenständigkeit, mehr Autonomie dafür erhalten, wie sie diese Standards erfüllen.

Für die Realisierung eines solchen Bildungssystems benötigen wir

- ein positives Lehr- und Lernklima,
- zielorientierte Bildungssteuerung,
- ergebnisorientierte Bildungsstandards,
- Qualitätskontrollen,
- Durchlässigkeit und
- Flexibilität.

Das unterdurchschnittliche Gesamtergebnis der deutschen Schulen bei den Studien macht deutlich, dass die Defizite unseres Schulsystems in den großen Disparitäten zwischen den Schularten des gegliederten Systems liegen. Ebenso entscheidet in keinem anderen OECD-Land die soziale Herkunft so stark über den Schulerfolg wie in Deutschland. Viele Kinder im Vorschul- und Grundschulalter werden schon früh in ihren Bildungs- und Lebenschancen benachteiligt, weil es an Betreuungsmöglichkeiten, anregenden Spiel-, Erlebens- und Orientierungsmöglichkeiten fehlt, die ihre Entwicklung positiv beeinflussen. Deshalb soll ein flächendeckendes Ganztagsangebot über den Primarbereich hinaus als „offene Ganztagschule“ helfen, für alle Schülerinnen und Schüler gleiche Startchancen zu schaffen.

■ Kita hat einen Erziehungs- und Bildungsauftrag

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Tageseinrichtungen soll gestärkt werden. Dadurch werden kulturelle und soziale Fähigkeiten sowie Sprachkompetenzen vorrangig gefördert. Kindertagesstätten sind Orte allgemeiner Bildung und damit elementare Bausteine zur Chancengleichheit. Haben Kinder die Chance auf ein gesundes Aufwachsen, auf soziale Begegnung und positive Lernerfahrungen, so ist der Grundstein für eine lebenswerte Zukunft gelegt.

■ Schule eigenständig und durchlässig

Die derzeitige Trennung der Schüler/innen nach der 4. Klasse in die bestehende Struktur von vier Schulformen in der Sekundarstufe I ist langfristig nicht zukunftsfähig. Im Zusammenhang mit der mittel- und langfristigen Schulentwicklungsplanung müssen kooperative, integrative und den regionalen Gegebenheiten angepasste eigenständige Systeme entwickelt werden, die zu einem gleichwertigen Abschluss am Ende der Sekundarstufe I führen. Eine stärkere Integration der Schularten und mehr Durchlässigkeit soll sich organisch aus dem bestehenden Schulwesen entwickeln. Bestehende Strukturen wie Schulzentren oder Realschulen mit Hauptschulteil sollen fortschreitend zusammenarbeiten, sich zu kooperativen Schulsystemen weiterentwickeln und die Trennung der Schüler/innen nach Schularten bereits nach der 4. Klasse schrittweise überwinden. Langfristiges Ziel ist es dabei, dass die Schüler/innen auch in Deutschland wie in den meisten europäischen Ländern von der 1. bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichtet werden. Ein solcher Systemwechsel ist nur gemeinsam mit anderen Bundesländern und mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung umzusetzen. Dafür setzen wir uns ein.



Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave

■ Hochschule internationalisieren

Wir wollen den Anteil der Studierfähigen und der Studierwilligen erhöhen. Wie in der gesamten Republik benötigen wir auch in Schleswig-Holstein mehr qualifizierte Hochschulabsolventen. Das setzt eine größere Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen voraus und erfordert den Abbau sozialer Barrieren im Bildungssystem. Niemandem darf aus finanziellen oder sozialen Gründen oder wegen seiner Herkunft Hochschulbildung verwehrt werden. Eine deutsche Diplom-, Magister-, Staatsexamen-Insel wird keinen Bestand im vereinten Europa haben. Die neue Studienstruktur ist als Chance zu begreifen, zu einem früheren berufsqualifizierenden

Studienabschluss und damit auch zu einer Verringerung der hohen Abbrecherquoten zu kommen. Außerdem ist eine solche Veränderung notwendig, damit Schleswig-Holstein und seine Studierenden eine Chance im sich entwickelnden Hochschulraum Europa haben.

Wir wollen die Hochschulen bei Wissens- und Technologietransfer zur schnelleren und direkteren Umsetzung der Forschungsergebnisse in neue Produkte, Techniken und Verfahren unterstützen. Darüber hinaus soll die Eigenverantwortung der Hochschulen durch eine weitgehende globale Haushaltssteuerung und eigenverantwortliches Management konsequent gestärkt werden. Veränderungen im Hochschulrahmengesetz des Bundes und des Dienstrechtes des öffentlichen Dienstes sind dringend erforderlich. Dazu muss ein transparentes System der Leistungsüberprüfung der Arbeit der Kindergärtner/innen, Lehrer/innen und Hochschullehrer/innen landesweit etabliert werden.

■ Weiterbildung für „lebenslanges Lernen“

„Human Resources“ in Form von Information und Wissen, Flexibilität, Innovationsfähigkeit und Kundenorientierung sind Motoren der Dienstleistungsgesellschaft. Deshalb kommt der Weiterbildung bei der Bewältigung des rasanten technologischen Fortschritts und der Anpassung an die Erfordernisse der Wirtschaft eine besondere Bedeutung zu: Sie muss berufliche, fremdsprachliche, kulturelle, soziale und kommunikative Kompetenzen vermitteln, aber auch Defizite in Bildung und Ausbildung abbauen.

Am 3.2.2004 hat der Landesparteirat den Antrag des Landesvorstandes bestätigt und er wurde am 7.2.2004 nicht nur parteiintern, sondern auch an alle, die zu den Vorbereitungsgesprächen eingeladen waren, verschickt. Am 26.2.2004 hat die Antragskommission die zahlreichen aus der Partei eingegangenen Anträge beraten und ihr Votum formuliert, dass am 7.3.2004 auf dem Landesparteitag in Norderstedt intensiv diskutiert wurde. Auch hier waren alle zu den Vorbereitungstreffen Eingeladenen zum Landesparteitag eingeladen worden. Der beschlossene Antrag fand schließlich im Lande aber auch weit über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus starke und überwiegend positive Beachtung.

Am 27.04.2004 wurde der beschlossene Leitantrag an alle zu den Vorbereitungstreffen Eingeladenen geschickt.

Der Dezember 2004 bestätigte eine Umfrage zum Thema Bildung, dass die Partei mit ihrem Bildungsprogramm auch aus der Sicht der Wählerinnen und Wähler und erst recht aus der Sicht der Eltern auf dem richtigen Weg ist.



Detlef Buder, stellvertretender Landesvorsitzender

Im sozialdemokratischen Landtagswahlkampf 2004/2005 sind „Bildung“ und die Beschlüsse des Parteitages neben Arbeit und sozialer Gerechtigkeit eines der drei zentralen Themen.

Fazit:

Der Arbeitsgruppe zur Bildung ist es gelungen, die SPD mit dem Thema Bildung an die Spitze nicht nur der Diskussion im Lande, sondern bundesweit zu bringen. Die SPD hatte damit eindeutig die Meinungsführerschaft beim Bildungsthema. Dazu hat auch die breite und offen geführte Diskussion über die Parteigrenzen hinaus beigetragen. Die Opposition konnte nur noch reagieren. Die bildungspolitischen Beschlüsse des Landesparteitages haben ihren Niederschlag bei den Koalitionsvereinbarungen zwischen den Koalitionspartnern SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie dem Tolerierungspartner SSW gefunden, und haben sich auch positiv auf die Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und CDU ausgewirkt. Sozialdemokratische Überzeugungen in der Bildungspolitik werden auch weiterhin die bildungspolitischen Entscheidungen in Schleswig-Holstein bestimmen.

Außerordentlicher Landesparteitag am 23. und 24. Oktober 2004 in Lübeck

Eine starke Partei, ein starkes Programm, eine starke Spitzenkandidatin!

Mit diesem außerordentlichen Parteitag wurden neue Maßstäbe gesetzt: Claus Möller begrüßte in seiner Eröffnungsrede mehr als 500 Gäste – so viele gab es noch nie zuvor. Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel hielt vor der Rede von Heide Simonis und ihrer Wahl zur Spitzenkandidatin eine sehr persönliche und emotionale Rede, für die sich die Anwesenden mit Standing Ovationen bedankten. Heide Simonis betrat begleitet von vielen Genossinnen und Genossen aus dem „400er-Team“ das Plenum und erzielte nach einer kämpferischen Rede das Traumergebnis von 100%. Der vom Landesvorstand und Landesparteirat eingebrachte Listenvorschlag wurde ohne Gegenkandidatur angenommen. So etwas hatte es noch nie gegeben.

In seiner Eröffnungsrede begrüßte Claus Möller eine erwiesenermaßen sturmerprobte und hoch motivierte Partei in absoluter Wahlkampflaune. Dazu passten die letzten Umfragen, die für die Bundespartei endlich wieder über 30 % ergaben und das bedeutete für Schleswig-Holstein an die 35 %. Das war eine gute Ausgangssituation für unseren Wahlkampf. In seiner Rede ging Claus Möller auf das Regierungsprogramm mit einem modernen und sozialen Politikangebot ein: Mit einem Zukunftskonzept für die Bildungspolitik, einem vereinfachten und gerechten Steuerkonzept, einer solidarischen Bürgerversicherung, einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik und der Fortsetzung des Bündnis für Ausbildung. Das Programm und die Spitzenkandidatin wurden von vielen gesellschaftlichen Gruppen und Prominenten unterstützt.

Heide Simonis bedankte sich zu Beginn ihrer Rede bei allen, die zu ihrem überwältigendem Empfang auf dem Parteitag beigetragen haben. Sie lobte das rote Team in Schleswig-Holstein und meinte damit die Partei, die Fraktion und das Kabinett. Alle zusammen hatten gute organisatorische Vorarbeit geleistet, ein kreatives Programm erarbeitet und sind im Vorwahlkampf eng zusammengedrückt. Heide Simonis bedankte sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen: Das alles habe ihr gut getan, und es habe sie angespornt. Alle haben an Stärke und Selbstvertrauen gewonnen. Vor allem sei demonstriert worden, dass Wahlkampf auch Spaß machen kann.

Anschließend bilanzierte Heide Simonis die bisherige Arbeit der SPD-geführten Landesregierung und

erläuterte die wichtigsten Punkte im Regierungsprogramm 2005-2010. Sie wolle dafür kämpfen, dass Schleswig-Holstein auch in Zukunft ein soziales, weltoffenes, liberales und tolerantes Land bleibt. Sie erklärte ihre Bereitschaft erneut als Spitzenkandidatin für die Landtagswahl zu kandidieren und sagte am Schluss ihrer Rede in „Münste-Deutsch“: „Programm gut, Partei gut, Frau gut!“ und erklärte den Wahlkampf für eröffnet.

Am zweiten Tag stand die Beratung und Beschlussfassung des Regierungsprogramms im Mittelpunkt. Claus Möller brachte den Entwurf ein. Mit einigen Änderungen wurde das Regierungsprogramm 2005-2010 einstimmig verabschiedet.

Anträge zu Bereichen wie „Zweisprachigkeit in Kindergärten“, „Aufgabe von Standorten“, „Soziale Gerechtigkeit in Reformgesetzen“, „Girokonten“ und „Software-Patente“ wurden beschlossen und an die entsprechenden Gremien weitergeleitet.

Siegfried Krasang, Betriebsrats-Vorsitzender der Dräger Medical, war eingeladen worden, um über die aktuelle Situation und der drohenden Auslagerung einiger Bereiche zu berichten. Er begrüßte das Angebot der Stadt Lübeck und des Landes SH, an Forderungen seitens der Dräger Medical in bezug auf Standortverbesserungen und Arbeitsplatzsicherung für die Belegschaft anzuknüpfen. Heide Simonis meldete sich zu Wort und versprach die weitere Unterstützung der Dräger-Belegschaft durch das Land.

Ein weiterer Höhepunkt dieses Tages war die Rede von Franz Müntefering. In seiner gewohnten und von der Partei gern gehörten Art und Weise versprach er Unterstützung im Wahlkampf durch die Bundes-SPD und durch die Bundesregierung.

Mit einem launigen Schlusswort von Heide Simonis und gemeinsamen Singen „Wann wir schreiten Seit' an Seit“ endete ein rundum gelungener Parteitag.



Außerordentlicher Landesparteitag am 15. März 2005 in Kiel

Mut und Kraft für Schleswig-Holstein – Neuer Aufbruch!

Einzigster Tagesordnungspunkt dieses außerordentlichen Parteitages ist die Beratung und Beschlussfassung des Koalitionsvertrages zwischen SPD und Bündnis90/Die Grünen und der Tolerierungsvereinbarung mit dem SSW.

Claus Möller eröffnete den Parteitag und sagte, dass er den Auftrag erfüllt habe, mit allen Parteien zu reden. Danach war klar, dass die Schnittmenge zwischen der SPD, Bündnis90/Die Grünen und dem SSW am größten war. Nach der einstimmigen Auftragserteilung durch den Landesparteirat wurden



die Verhandlungen mit den beiden Parteien aufgenommen und zügig geführt. Man wollte den Zeitplan einhalten um bis zur Wahl der Ministerpräsidentin alles unter Dach und Fach zu haben.

Heide Simonis betonte in ihrer Rede, dass der Koalitionsvertrag eine starke sozialdemokratische Handschrift trägt, vor allem bei den Schwerpunkten Arbeit, Wirtschaft und Bildung. Sie wies auf die zügigen und konstruktiven Verhandlungen sowohl mit den Grünen als auch mit dem SSW hin. Es gab ein hohes Maß an Übereinstimmung bei den zukunftsentscheidenden Themen für die nächsten fünf Jahre. Es wurde ein mutiges und anspruchsvolles Programm gebündelt. Die neue Landesregierung wolle für einen Aufbruch stehen: für bessere Bildungschancen unserer Kinder, für einen schnelleren Einstieg von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt, für eine bessere Wettbewerbsfähigkeit unserer Firmen und für eine bürgernahe, effiziente und leistungsstarke Verwaltung.

Nach kurzer Diskussion wurden der Koalitionsvertrag und die Tolerierungsvereinbarung einstimmig beschlossen (siehe Bild links).

Auf dem Parteitag erläuterte Heide Simonis geplante Veränderungen im Kabinett und stellte den designierten Wirtschaftsminister Paul F. Nemitz vor.

Foren, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise

EuropaForum

Im Berichtszeitraum stand die inhaltliche Vorbereitung und die aktive Mitarbeit am Europawahlkampf im Mittelpunkt der Arbeit des EuropaForums. So beschloss der Landesparteitag im September 2003 ein Wahlprogramm auf der Grundlage des Antrags des EuropaForums und des Landesvorstands. Die inhaltlichen Schwerpunkte waren die Unterstützung des EU-Verfassungsentwurfs, die Weiterentwicklung der EU zu einer Sozial- und Umweltunion sowie die enge Verzahnung von Landes- und Europapolitik in Schleswig-Holstein.

Zum ersten Mal traten in Schleswig-Holstein insgesamt acht SPD-Kandidatinnen und Kandidaten sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter an, die auch den Europawahlkampf 2004 im Land

maßgeblich bestritten. Auf dem Parteitag der SPE am 23. und 24. April 2004 unterstützten die beiden schleswig-holsteinischen Delegierten im Rahmen der deutschen Delegation erfolgreich die Wahl von Poul Nyrup Rasmussen zum Vorsitzenden der europäischen Sozialdemokraten.

Im Juni 2004 wurden Hans Peter Mallkowsky zum Vorsitzenden, Rolf Fischer und Willi Piecyk zu stellvertretenden Vorsitzenden des EuropaForums wieder gewählt.

Nach der Landtagswahl formulierte das EuropaForum für die Koalitionsverhandlungen politische Eckpunkte für die Weiterentwicklung der Ostsee- und Europapolitik in Schleswig-Holstein.

Hans Peter Mallkowsky

Projektgruppe Grundsatzprogramm

Die vom Landesvorstand im Sommer 2002 eingesetzte „Projektgruppe Grundsatzprogramm“ wurde nach dem ordentlichen Landesparteitag 2003 vom neu gewählten Landesvorstand bestätigt. Eckart Kuhlwein wurde wieder mit der Rolle des Sprechers beauftragt. Alle Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften wurden zur Mitarbeit eingeladen. Das Engagement war unterschiedlich. Die Projektgruppe hat im Berichtszeitraum sechsmal in unterschiedlicher Besetzung getagt. Insgesamt haben sich 16 Genossinnen und Genossen an der Arbeit beteiligt.

Die Projektgruppe hat sich vor allem mit Fragen nach der Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherungssysteme beschäftigt, sie hat Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung problematisiert, sie hat Konzepte für die Wiederherstellung politischer Handlungsfähigkeit in einer globalisierten Wirtschaft untersucht, Begründungen für die Garantie „öffentlicher Güter“ formuliert und sich mit den Thesen des früheren SPD-Generalsekretärs Olaf Scholz zur sozialen Gerechtigkeit auseinandergesetzt.

Nach der Neukonstituierung der Programmkommission der Bundes-SPD im Juni 2004, der Eckart Kuhlwein als Vertreter unseres Landesverbandes angehört, hat die Projektgruppe die dort vorgelegten „Impulspapiere“ zu verschiedenen Themenfeldern erörtert. In ihrem dem Landesparteitag vorliegenden „Zwischenbericht“ schlägt sie eine Reihe von Themen und Thesen dazu vor, die von der schleswig-holsteinischen SPD in die abschließenden Beratungen des Grundsatzprogramms eingebracht werden sollten.

Das neue Grundsatzprogramm soll noch vor der Sommerpause in einem Entwurf des SPD-Parteivorstands an die Gliederungen versandt und auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2005 im November in Karlsruhe beschlossen werden. Antragsfrist zum Programm ist der 30. Oktober 2005. Das sollte auch unserem Landesverband die Möglichkeit geben, in regionalen und zentralen Programmforen eigene Beiträge und Anträge zu erarbeiten. Die Projektgruppe appelliert an alle Delegierten, in den nächsten Wochen und Monaten den Diskussionsprozess zuhause anzustoßen. Es geht darum, dass die SPD wieder eine gemeinsame Idee von einer guten Zukunft bekommt.

Eckart Kuhlwein

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Im Berichtszeitraum gibt es in 15 Kreisverbänden insgesamt 8 Kreisverbände mit einem aktiven AfA-Kreisvorstand.

Im Kreisverband Pinneberg wird noch im ersten Halbjahr 2005 ein neuer AfA-Kreisvorstand gewählt. Im Kreisverband Rendsburg-Eckernförde wird die Neuwahl bis zum Ende dieses Jahres angestrebt.

Der Landesvorstand hat in der Zeit von 2003-2005 zusammen mit dem AfA-Landesausschuss 15 Sitzungen durchgeführt. Außerdem wurden in 2003 und 2004 jeweils eine Klausurtagung, der politische Aschermittwoch in Marne und der Neujahrsempfang in Meldorf durchgeführt. Im Jahre 2004 nahm der AfA-Landesverband mit 13 Delegierten an der AfA-Bundeskonferenz in Erfurt teil. In den AfA-Bundesvorstand wurden drei Genossen aus Schleswig-Holstein gewählt. Am 20. April 2004 wurde in Kiel auf einer Landeskonferenz der Vorstand neu gewählt.

Im Spätsommer 2004 entschloss sich der AfA-Landesverband die Landtagswahl 2005 mit einer Wählerinitiative für ArbeitnehmerInnen zu unterstützen. Von der ersten Veranstaltung am 07. Dezember 2004 mit Heide Simonis und Frank Teichmüller auf dem Gelände der HDW-Werft in Kiel bis zur Abschlusskundgebung am 18. Februar 2005 in Reinbek mit Günther Grass hat die Wählerinitiative an insgesamt zehn großen und mittleren Wahlveranstaltungen in 4 x Kiel, 2 x Rendsburg, Husum, Lübeck, Nortorf und Reinbeck teilgenommen. Außerdem war die Wählerinitiative mit einer Web-Seite im Internet vertreten.

Wolfgang Mädel

E-Mail: wolfgang.maedel@igmetall.de

0431-51951258

www.afa.spd-net-sh.de

Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus

Der Vorstand:

Anlässlich der VI. ordentlichen Landeskonferenz am 13.09.2004 in Neumünster wurde der Vorstand in folgender Besetzung neu gewählt:

- Vorsitzender: Detlef von Schlieben
- 8 gleichberechtigte Beisitzer: Doris Asmussen, Günther Blödorn, Richard Brackow, Gertrud Ehrenreich, Roswitha Friedrichsen, Hans P. Iversen, Ilse Schumacher, Klaus Steinschulte

Regelmäßig finden Vorstandssitzungen mit aktuellen politischen und gesellschaftsrelevanten Themen statt.

Bestimmte Themen (Pflege-Qualitätssicherungsgesetz, Novellierung des Heimgesetzes, Pflegeleistungsgesetz, Fortschreibung & Neugestaltung des Landesaltenplanes, Antidiskriminierungsgesetz) haben wir gemeinsam mit den Kreisvorstandsmitgliedern und fachlichen Beratern diskutiert. Die Ergebnisse wurden in Beschlüssen und Anträgen an die entsprechenden Gremien (Landes- und Bundesparteitage, Landtags- und Bundestagsfraktion) weitergeleitet.

Zum Sonderparteitag der SPD SH mit dem Thema: „Älterwerden in Schleswig Holstein“ wurden Beschlüsse und Anträge gestellt, die vom Bundesparteitag in großen Teilen übernommen wurden. Ein großer Erfolg ist u.a., dass die Staatskanzlei SH die Studie „Zukunftsfähiges Schleswig Holstein - Konsequenzen des demographischen Wandels“ erarbeiten ließ. Sie ist beispielhaft für die Bundesrepublik.

Traditionell treffen sich Mitglieder der SH-AG 60plus im Herbst eines jeden Jahres in Malente zu Seminaren mit bestimmten Themen. So waren es Gemeinsamkeiten mit den Jusos oder die Gesundheitspolitik. Ein besonderes Thema war „WIR über uns“. An jedem 1. Mittwoch im April ruft die AG 60plus bundesweit zum „Tag der älteren Generation“ auf.

Wir haben aktiv den Europawahlkampf unterstützt. Dabei erreichten wir in der Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit, u.a. mit verschiedenen Bodenzeitungen. In Kiel wurde mit Schülern „Europa im Aufwind“ durchgeführt. Dafür erhielten wir in einem ausgeschriebenen Wettbewerb 500€ vom Parteivorstand.

Im Landtagswahlkampf 2005 waren wir in allen Kreisverbänden aktiv. Besondere Highlights waren eine Zugfahrt mit HE!DE und den Älteren, sowie eine Großveranstaltung in NMS mit Renate Schmidt.

13 Delegierte aus Schleswig-Holstein nahmen an der Bundeskonferenz im Herbst 2003 in Magdeburg teil.

Detlef von Schlieben
E-Mail: Detlef.Graf-Schlieben@t-online.de
0431-397575
www.spd-schleswig-holstein.de/60plus

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Von 2003 bis März 05 wurden monatlich Sitzungen des erweiterten AfB Landesvorstandes abgehalten. Zugleich wurden die Sitzungen des Arbeitskreises Bildung der Landtagsfraktion bei relevanten Themen besucht.

Der AfB Landesvorstand befasste sich im ersten Quartal 2003 mit den Kernpunkten der Erichsenkommission zur Finanzierung der Hochschulen und der Änderung der Orientierungsstufenordnung. Stets wurden die Ergebnisse der PISA-Studie interpretiert. Die AfB wollte kein „weiter so“ an den Schulen in Schleswig-Holstein akzeptieren.

Im zweiten Quartal wurde das Thema Schulstruktur bearbeitet, besonders in einer zweitägigen Klausur in Bad Malente.

Das dritte und vierte Quartal standen ganz unter dem Themenschwerpunkt der Landeskonferenz zur Schulstruktur. Das Modell der ungeteilten Schule wurde beschlossen und veröffentlicht. Die AfB unterbreitete in einer Bildungsrunde aus GGG(Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule), Parteien des Landtages und Vertretern der Landeschülervertretung das Modell der ungeteilten Schule und erhielt Zustimmung zum Prinzip der Modernisierung und der Abschaffung des gegliederten Schulsystems.

Das Frühjahr 2004 war mit den Themenschwerpunkten PISA und Schulstrukturdebatte im Hinblick auf den Bildungsparteitag voll beschäftigt. Strittig war und ist die Umsetzungszeit hin zur neuen Schule. Dem Bildungsparteitag wurden dazu Antragsunterlagen eingereicht.

Bis zum Sommer gab es viele Arbeitsbegegnungen mit Gewerkschaften und Verbänden.

Ein wichtiger Termin war die AfB Bundeskonferenz. Es wurden alle Grundsätze des Schulmodells der AfB SH in einen Leitantrag aufgenommen und einstimmig verabschiedet.

Die Jahresklausur im August analysierte schwerpunktmäßig die Vor- und Nachteile der achtjährigen Gymnasialzeit und widmete sich dem Fremdsprachenerwerb in der Grundschule. Die Beschlüsse zeigten klar die Richtung in eine maximale Schulbesuchzeit von 12 Jahren. Es wurde beschlossen von der Regierung zu fordern, flächendeckend umgehend Englischunterricht ab Klasse 3 einzuführen und eine Weiterung ab Klasse 1 anzustreben.

Im letzten Quartal 2004 wurden Wahlkampfthemen aufgenommen. Unterstützung für das Schulmodell kam auch vom AfB Bundesausschuss in Berlin. Die Genossinnen und Genossen aus den anderen Bundesländern waren sich einig, dass die Schulstrukturdebatte richtig ist, eine ungeteilte Schule angestrebt



werden und die Lehreraus- und Fortbildung diesem Ziel angepasst werden muss. Der AfB Bundesausschuss folgte den Argumenten der AfB SH, auf die Einführung von Studiengebühren für ein Erststudium zu verzichten.

Es wurde eine AfB im Kreis Steinburg gegründet. Ihr Ziel, alle an Bildung interessierten Personen, vom Kindergarten über Schule und Elternschaft sowie den sozialpädagogischen Einrichtungen, in gemeinsamen Diskussionen zusammen zu führen, spiegelt sich zurzeit in der Zusammensetzung der Itzehoer AfB wieder.

Januar und Februar 2005 standen völlig unter dem Thema Wahlkampf. Die AfB Vorstandsmitglieder besuchten Bildungs-Veranstaltungen mit den Kandidatinnen und Kandidaten. Für alle Wahlkämpfer stand der Bildungsflyer der AfB zur Verfügung.

Hajo Hoffmann
E-Mail: hajo.hoffmann@gmx.de
www.afb.spd-schleswig-holstein.de

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Der ASF-Landesvorstand hat neben den monatlichen Vorstandssitzungen Frauenprojekte, Frauentreffen und -stammtische insbesondere in Ortsvereinen und Kreisverbänden besucht, die zwar zurzeit keine aktive ASF haben, aber dennoch aktive Frauenpolitik machen. Besonders freuen wir uns, dass es in Dithmarschen nun wieder eine aktive Kreis-ASF gibt.

Wir haben u.a. in zwei Klausurtagungen aktuelle politische Themen diskutiert und Stellungnahmen bzw. Forderungen an SPD-Landesverband, SPD-Fraktionen bzw. Bundes- und Landesregierung formuliert und mit Pressemitteilungen begleitet. Hier nur einige Themen, mit denen wir uns beschäftigt haben:

- Standards und Finanzierung im Kindergartenbereich
- Absicherung der Gleichstellungsbeauftragten
- Gender Mainstreaming
- Kommunalwahlkampf 2003 und Landtagswahlkampf 2005
- Frauen und Berufswelt
- Frauen in Europa
- Bekämpfung von häuslicher Gewalt
- Lokale Bündnisse für Familien
- Antidiskriminierungsgesetz
- Agenda 2010 und Hartz
- Gendiagnostikgesetz

Mitglieder des ASF-Landesvorstands haben sich aktiv an Arbeitsgremien in der SPD und darüber hinaus

(z.B. beim Landesfrauenrat und bei der Wählerinitiative „Heide – und gut“) beteiligt. Über das Solidaritätskomitee für Belarus haben wir einen intensiven Kontakt mit der Frauenliga Weißrusslands, die für die Demokratisierung ihres Landes eintritt, gepflegt und ihre Arbeit aktiv unterstützt.

Die ASF Landesfrauenkonferenz 2003 in Flensburg befasste sich nach einem Einführungsreferat von StS Mathilde Diederich mit dem Thema Arbeitsmarktpolitik, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Interessen von Frauen und Jugendlichen. Die Ergebnisse der Diskussion bildeten die Grundlage für eine Reihe von Anträgen, mit denen wir bei der ASF Bundesfrauenkonferenz 2004 in Leipzig durchweg erfolgreich waren.

Im Mittelpunkt der ASF Landesfrauenkonferenz 2004, zu der wir die neue ASF Bundesvorsitzende Elke Ferner begrüßen konnten, standen die Themen „Hartz IV“ und die bevorstehenden Landtagswahlen 2005. Die stellv. SPD-Landesvorsitzende Sandra Redmann stellte den Entwurf des Regierungsprogramms vor, zu dem die Landesfrauenkonferenz ein Bündel von Änderungsanträgen für den Programm-Landesparteitag verabschiedete, mit denen wir weitere wichtige frauenpolitische Akzente setzen konnten.

Im Vorfeld des Listenparteitags zur Landtagswahl 2005 haben wir uns aktiv in die Diskussion um die Listenaufstellung eingemischt. Daran, dass heute in der SPD Landtagsfraktion 40 % der Abgeordneten Frauen sind, ist die ASF nicht ganz unbeteiligt!

Anna Schlosser-Keichel
Tel. 04625/7800
E-Mail: weissblau@t-online.de
www.asf.spd-schleswig-holstein.de

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Die ASG führte 2003-2005 regelmäßig Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen durch. In den vergangenen zwei Jahren bildeten die aktuellen Themen der Gesundheitspolitik die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte der Arbeitsgemeinschaft. Im Vordergrund standen dabei unter anderem verschiedene öffentliche Veranstaltungen mit den Schwerpunkten:

- inhaltliche Begleitung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG) durch interne und externe Fachgespräche
- Situation chronisch Kranker im GKV-Wettbewerb
- Expertengespräche zur Strukturreform in der Pfl-

ge, Vermeidung von Heimunterbringung, Ausbau von alternativen ambulanten Sorge- und Pflegestrukturen

Am 20. Februar 2004 fanden auf der ordentlichen ASG-Landeskonferenz neue Vorstandswahlen statt. Als neuer Landesvorsitzender der ASG wurde Dietmar Katzer gewählt. Wolfgang Wodarg, MdB, und Guy Smith (für das Thema Pflege) sind stellvertretende Landesvorsitzende, weitere Mitglieder sind Wolfgang Hiller (ebenfalls für Pflege), Stephan Jensen (Apotheker) und Michael Parbs-Dalitz (Arzt). Am 27. November 2004 wurde die ASG-Bundeskonferenz in Berlin besucht.

Nach den Neuwahlen bot die ASG SH an, in den Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften Info-Veranstaltungen zum GMG durchzuführen. Hieraus ergaben sich eine Reihe von Aktivitäten:

- Info-Veranstaltung mit dem Kreisverband Lübeck „Bilanz des GMG“
- Regionaler Informationsaustausch mit dem Kreisverband Plön und den Mitgliedern des Sozialausschusses zur Gesundheitspolitik des Kreises
- ASG-Workshop in Kiel „Zur Zukunft der Pflege“ mit dem SPD-Landesvorsitzenden Claus Möller und Sozialministerin Gitta Trauernicht, die ca. 50 TeilnehmerInnen gründeten am Rande der Veranstaltung eine ASG-Fachgruppe Pflege und führt seitdem regelmäßig Sitzungen durch.
- Gespräch des ASG-Landesvorstandes mit Gitta Trauernicht zu dem gesundheitspolitischen Schwerpunkt der Landesregierung.

Die ASG Schleswig-Holstein stellt mit Wolfgang Wodarg weiterhin den Vorsitzenden des ASG-Bundesausschusses und ist mit vier Delegierten bei der ASG-Bundeskonferenz und einem Delegierten im Bundesausschuss vertreten.

Dietmar Katzer
Telefon 0431-974410
Fax 0431-9744123
E-Mail: LV-Schleswig-Holstein@vdak-aev.de

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ)

Im Juni 2003 wurden auf der ordentlichen Landeskonferenz in Kiel Falk Stadelmann erneut zum Landesvorsitzenden und die Studentin Catharina Erps, der Lübecker Staatsanwalt Philipp Marioth, der Verwaltungsjurist Norbert Scharbach aus Kronshagen, der Flensburger Rechtsanwalt Ioannis Chatzimpalis, der Rendsburger Rechtsanwalt Jakob Wendel und der Kieler Wirtschaftsjurist Torsten Reh zu stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Auf den Landespar-

teitagen war die ASJ durch einen beratenden Delegierten vertreten und nahm durch mehrere Vertreter an den Sitzungen der Bundesgremien der ASJ teil. Die nächste Landeskonferenz findet voraussichtlich im Juni 2005 statt.

Die ASJ führte regelmäßig parteiöffentliche Landesvorstandssitzungen und erarbeitete Vorschläge für die Beratungen der Regierungsprogrammkommission zu innen- und rechtspolitischen Positionen für das Leitbild „Im Norden gemeinsam stark“, die später im wesentlichen in das Regierungsprogramm übernommen wurden.

Falk Stadelmann
E-Mail: falk@stadelmann.net

Jungsozialisten

■ Juso-Aktivitäten nehmen zu

Die Jusos Schleswig-Holstein sind im Land gut aufgestellt. Zurzeit gibt es in SH rund 1.500 Jusos. Wir haben in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt einen aktiven Juso-Kreisverband. Keine andere AG innerhalb des SPD-Landesverbandes verfügt über ein so breites Netz an Aktiven und eine solche Infrastruktur. Durch die Agenda 2010, Hartz IV und andere bundespolitische Entscheidungen gaben viele GenossInnen ihr Parteibuch zurück. An den Jusos ist diese Austrittswelle vorübergegangen, die Zahl der Neueintritte und insbesondere das Engagement junger Leute vor Ort nahm/nimmt sogar zu. Erfreulich auch diese Zahl: 50% aller Neueintritte sind unter 35 Jahre. Den Jusos kommt, was den Parteienachwuchs angeht, eine Schlüsselrolle zu, welcher wir gerecht werden wollen. Wir bieten z. B. Neumitgliederseminare an und haben am 1. April einen neuen Service gestartet: Jede/r neue Juso unter 27 bekommt ein Begrüßungspaket mit Handwerkzeug zum Zurechtfinden bei uns im Verband und in der Partei.

■ Projekte und Aktionen

Die Bildungspolitik war 2004 DAS Thema in Schleswig-Holstein. Wir sind stolz darauf, dass unsere Forderungen z. B. nach Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems Beschlusslage der SPD geworden sind. Ein außerordentlicher Landesparteitag, der mit auf Initiative der Jusos zustande kam, hat in 2004 sehr ausführlich die bildungspolitischen Ziele beschlossen. Unter dem Motto „Wir machen die Zukunft“ starteten wir bereits im Herbst 2003 eine Kampagne, um die Öffentlichkeit über die Missstände im deutschen Bildungswesen aufzurütteln. In 12 Kreisen fanden dazu Infostände statt, auf denen eine von uns erstellte Broschüre mit unserem Bildungskonzept verteilt wurde.

■ Neuer Internet-Auftritt www.jusos-sh.de
Mit www.wir-machen-die-zukunft.de entstand in 2003 eine neue Internetpräsenz, die in 2004 vom neuen Juso-Landesvorstand hin zu einem Content-Management-System weiter entwickelt wurde. Insbesondere die Anfragemöglichkeit per E-Mail, das Kontaktformular und das Material-Bestellformular werden gut angenommen. Zum Austausch und zur Diskussion untereinander dient unser Rotes Forum.

■ 2004 – Jusos für Europa

Im Januar 2004 starteten wir Aktivitäten zur Europawahl. Das Seminar „Europa einfach & aktiv“ führte die Teilnehmer/innen an die verschiedenen Aspekte Europas heran. Die drei jungen Europa-Kandidaten der Partei spielten eine tragende Rolle und vernetzten sich mit den Jusos vor Ort, die im Europawahlkampf viele Aktionen auf die Beine stellten.

■ 2005 – Jusos für Heide Simonis

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Direkt nach der Europawahl begann die Vorbereitung für die Landtagswahl. In neun Abendveranstaltungen haben wir Jusos die Sommerpause genutzt, um uns sehr intensiv mit Experten aus Partei und Landtagsfraktion das Regierungsprogramm und unsere Position dazu zu erarbeiten. Im August führten wir eine außerordentliche Landeskonferenz durch, auf der wir unsere Anträge an den Landesparteitag beschlossen haben. Das Regierungsprogramm trägt an etlichen Stellen Juso-Handschrift, z. B. im arbeitsmarktpolitischen Bereich, bei dem wir mit der AfA eng zusammen gearbeitet haben, und im gesamten Kapitel Kinder und Jugend. Zum Landesjugendring bestehen beste Kontakte. Im Landtagswahlkampf waren viele Jusos auf der Straße und mobilisierten JungwählerInnen. Der Juso-Landesverband erstellte Eindruckflyer, Postkarten und ein Erstwählerplakat. Wir konnten durch unser Quiz auch erstmals landesweit einen SMS-Wahlkampf starten.

■ Jugendpresselounge

Zum Landesparteitag im Oktober und zur Wahlkampfabschlussveranstaltung in Lübeck haben wir junge RedakteurInnen, Mitglieder von Schülerzeitungen, Schülervertretungen und Jugendvereinen eingeladen, unsere Partei live mitzuerleben. Jeweils 40-50 Jugendliche haben davon Gebrauch gemacht. Angeboten hatten wir u.a. Interviews mit unseren Promis. Beflügelt von einer sehr guten Resonanz wollen wir dieses Projekt zusammen mit der Partei fortsetzen.

Thorsten Nissen

E-Mail: info@thorsten-nissen.de

Tel.: 04102-458198



Jugendpresselounge auf dem Parteitag im Oktober 2004

Gesprächskreis Innere Sicherheit und Polizei

Am 18.10.2000 haben sich 13 Genossen in Kiel getroffen, um einen Gesprächskreis Innere Sicherheit und Polizei zu gründen.

Im Berichtszeitraum – also seit März 2003 – haben drei Treffen stattgefunden. Die TeilnehmerInnenzahl lag zwischen 6 und 10 Personen. Die Zahl der Treffen sowie die der teilnehmenden Personen war leider rückläufig. Ursächlich dafür waren vor allem die intensive Diskussion um die Reform 3 der Landespolizei und der Landtagswahlkampf, welches andere Schwerpunktsetzungen von den AK-Mitgliedern erforderten.

Wesentliche Themen der Zusammenkünfte waren:

- Situation der Landespolizei
- Entwicklung Rechtsextremismus
- Situation Landeshaushalt
- Landtagswahlprogramm
- Polizeireform 3
- Politik der inneren Sicherheit auf Bundesebene

Neben der Bearbeitung der genannten Themen geht es dem Gesprächskreis auch darum, das Verhältnis von SPD und Polizei zu verbessern. Dazu organisiert der Arbeitskreis zum Beispiel Besuche von Landtagsmitgliedern bei Polizeidienststellen. Diese Möglichkeit steht natürlich auch den alten und neuen Landesvorstandsmitgliedern offen.

Unser nächstes „großes“ Thema wird die Politik der Inneren Sicherheit für die neue Landtagswahlperiode sein.

Thomas Rother

E-Mail: t.rother@spd.ltsh.de

Gesprächskreis SPD und Kirchen

Der SprecherInnen-Kreis leistet die fortlaufende Arbeit, hält Kontakt zu Kirchengemeinden, Religionsgemeinschaften (wie z. B. der Jüdischen Gemeinde) und SPD-Gremien. Mitglieder:

Irmgard Asbahr, Willi Bargmann, Claus Blandow, Rolf Fischer, MdL, Pastor Joachim Liß-Walther, Gerd Nowak, Alfred Schulz und Karsten Veth.

Dieses Gremium hat sechsmal getagt, meistens in den Räumlichkeiten des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt.

Wichtig war und ist dem Gesprächskreis eine kritische Begleitung von Vorgängen und Entscheidungen in der SPD und den Kirchen.

Folgende Einzelveranstaltungen fanden statt:

■ „Die Zukunft der Kirchen zwischen Tradition und Moderne am Beispiel der Kirchen in Lübeck“

Der Lübecker Propst Ralf Meister sprach am 6. Mai 2004 im Otto-Passarge-Saal (ca. dreißig Teilnehmer/innen).

■ „Europa einmal anders: Die Konferenz Europäischer Kirchen - eine kirchliche EU?“

Oberkirchenrätin Rut Rohrandt sprach am 29. Juni 2004 zu dem Thema beim Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (ca. 15 Teilnehmer/innen).

■ Rolf Fischer moderierte eine Diskussion zum Thema „HARTZ IV und das Kieler Modell“ am 23. September 2004 mit dem Geschäftsführer der Agentur für Arbeit, Herrn Dr. Schmidtke-Glamann, und dem Sozialdezernenten Herrn Möller (Ca. 70 Teilnehmer/innen) beim KDA.

■ Dagmar Mensink, SPD-Parteivorstand Referat Kirchen und Religionsgemeinschaften, referierte am 26. Oktober 2004 zum Thema „Kirchen im Bewusstsein von Gesellschaft, Staat und Politik“ (Ca. 20 Teilnehmer/innen) beim KDA.

Folgende Wochenendseminare fanden statt:

■ 16.-18. April 2004: „Wie steht es um die Generationengerechtigkeit?“ mit Wolfgang Baasch, MdL, und Elisabeth Paszkuy und Propst i.R. Kamper (22 Teilnehmer/innen)

■ 15.-17. Oktober 2004: „Betriebsklima - im Wandel“ mit Bernd Sorge, Lindenau Werft, Pastor Andrea Hamann, Malteser Krankenhaus Flensburg, und Professor Klaus-Dieter Müller (20 Teilnehmer/innen)

Aktionen SPD- und Kirchen

■ Info-Stand auf der Kirchenmeile beim Ökumenischen Stadtkirchentag am 24. September 2004.

Willi Bargmann

E-Mail: Willi.Bargmann@gmx.de

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK)

Die SGK Schleswig-Holstein, als eingetragener Verein die Vertretung aller sozialdemokratischen Kommunalpolitiker/Innen, hatte auch im vergangenen Berichtszeitraum die wichtigen kommunalpolitischen Themen zu diskutieren.

Dies waren die Folgen der „HARTZ-Gesetze“, insbesondere die Diskussion um die Umsetzung des Arbeitslosengeldes II. Der SGK-Landesvorstand hat sich vorgenommen auch im 2. Halbjahr 2005 die konkreten, ganz unterschiedlichen Erfahrungen in den Kreisen zu erörtern.

Das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) war ein weiterer wichtiger Punkt, hierzu hatte die SGK-Mitgliederversammlung einen unterstützenden Antrag formuliert.

Die Verwaltungsstrukturreform in Schleswig-Holstein war im Berichtszeitraum ein mit sehr viel Emotionalität geführter Prozess. Zwar konnte die Diskussion innerhalb der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker vor der Landtagswahl nicht angestoßen werden. Doch wurden die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen von Seiten des SGK-Landesvorstandes unter Einbeziehung besonders der Kreis-, Amts- und Gemeindeebene ausdrücklich begrüßt.

Um die Mitarbeit aller kommunalpolitischen Ebenen zu verbessern, wurde auf der letzten Mitgliederversammlung Carsten-F. Sörensen als Kreistagsabgeordneter aus Nordfriesland in den Landesvorstand nachgewählt.

Zur Betreuung der Direktwahlen konnte vor einem Jahr Thies Thiessen verpflichtet werden. Thies betreut auf Aufforderung die Fraktionen bei der Kandidatenfindung und berät die Partei bei der Durchführung von Direktwahlkämpfen.

Während der „Kreisbereisungen“ im letzten Jahr wurden die Wünsche und Anregungen der kommunalpolitischen Basis ermittelt. Nach wie vor ist der Ausbau der Servicefunktion der SGK gefragt. Diese Zusammenkünfte in den Regionen werden fortgesetzt. Die Organisation von Seminaren, die Unterstützung der Kommunal-Akademie auf Bundes- und Landesebene wird weiterhin gewährleistet. Zur Vorbereitung der Kommunalwahl im Mai 2008, werden die ersten Aktivitäten in den nächsten Monaten zu organisieren sein.

Dr. Brigitte Fronzek

E-Mail: SGK-Landesverband-SH@spd.de

WWW.SGK-SH.de

Die Arbeit der SPD-Landtagsfraktion

Von Lothar Hay, Fraktionsvorsitzender

Im Frühjahr 2003 war die Arbeit der SPD-Landtagsfraktion geprägt durch die Vorbereitung des ersten Doppelhaushalts für die Jahre 2004/2005. Die schwierige Finanzsituation und die einschließlich der einbrechenden Steuereinnahmen droht die Handlungsspielräume weiter zu verringern. Um Impulse in die Wirtschaft zu geben ist im Sommer 2003 das Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) auf den Weg gebracht worden.

Nach dem Scheitern der Diätenstrukturreform ist im Frühsommer 2003 die sinnvolle Verkleinerung des Landtags von 75 auf 69 Mitgliedern beschlossen worden. In Vorbereitung des Bildungsparteitages im März 2004 hat sich die Fraktion intensiv über den Arbeitskreis Bildung an der Ausarbeitung des Konzepts beteiligt. Darüber hinaus gab es auch zahlreiche Veranstaltungen, an denen Mitglieder der Fraktion teilgenommen haben. Der Einstieg in die offene Ganztagschule und die Ausweitung der verlässlichen Grundschule sind weitere Konsequenzen, die wir aus den PISA-Studien gezogen haben. Dazu gehört auch die engere Verbindung zwischen Schule und Jugendhilfe als Voraussetzung für Ganztagsschulangebote.

Im Mittelpunkt der Haushaltsberatungen stand die Sicherung der Unterrichtsversorgung (200 neue Stellen pro Jahr und über 12 Mio. € für den Vertretungsfond). Die Hochschullandschaft wurde durch die Umsetzung vieler Empfehlungen der Erichsen-Kommission konzentriert, die neuen Studienabschlüsse sowie die Juniorprofessuren wurden gesetzlich verankert. Mit allen Hochschulen wurden Zielvereinbarungen abgeschlossen, die ihnen für die nächsten Jahre Planungssicherheit geben.

In der Natur- und Umweltpolitik wurden wichtige Landesgesetze wie Naturschutzgesetz, Wassergesetz und Waldgesetz modernisiert und an aktuelles Bundes- und EU-Recht angepasst. Die Ausweisung von Gebieten für das europäische Netz Natura 2000 wurde begleitet und abgeschlossen, das Netz der integrierten Stationen wurde ausgebaut, die Stiftung Naturschutz wurde umstrukturiert.

In der Landwirtschaft wurden die Grundlagen zur umfassenden Agrarreform ab 2005 gelegt. Die Qualitäts-Tore zur Stärkung des Verbrauchervertrauens mit dem Gütezeichen wurden zusammengeführt.



Im Jahr 2004 wurde aus den Landesbanken Schleswig-Holstein und Hamburg die HSH-Nordbank gegründet, die erfolgreich ihre Arbeit aufgenommen hat. Gleichzeitig hat die SPD im Zusammenhang mit der großen Anfrage zum Thema Finanzwirtschaft deutlich gemacht, dass die Sparkassen in Schleswig-Holstein mit ihrer wichtigen Funktion, finanzielle Mittel vor allem für den Mittelstand und in der Fläche zur Verfügung zu stellen, gestärkt und dauerhaft gesichert werden müssen.

Die Arbeit im 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der sich mit den Nebentätigkeiten von Pröhl und Lohmann befasste, konnte zu einem positiven Ende geführt werden. Unter Führung unseres Obmanns Günter Neugebauer haben wir die Vorwürfe der Opposition gegenüber Ministerpräsidentin Heide Simonis als haltlos widerlegt.

Im Innenbereich ist vor allem die Polizeireform III vorangetrieben worden. Diese wird die Führungsstruktur der Polizei verschlanken und die Präsenz vor Ort verstärken.

Seit 2003 führt die Fraktion regelmäßig kommunale Runden mit den Vertretern unserer kommunalen Basis zu wichtigen Themen wie Verwaltungsstrukturreform und Hartz IV durch. Diese sollen auch in der neuen Legislaturperiode fortgesetzt werden.

Im November 2004 führte die SPD-Landtagsfraktion mit nahezu 100 Veranstaltungen eine erfolgreiche Informationskampagne zum Thema Hartz IV durch, um die Menschen über die tatsächlichen Zielsetzungen sachlich zu informieren.

Im Januar und Februar waren die Fraktionsmitglieder am besten Wahlkampf der SPD seit vielen Jahren gemeinsam mit den neuen Kandidatinnen und Kandidaten beteiligt. Hierfür sprechen wir vor allem Ministerpräsidentin Heide Simonis, allen Mitgliedern und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseren Dank aus. Mit diesem engagierten, herausragenden Wahlkampf ist ein Grundstein für eine gute Entwicklung unserer Arbeit in der Zukunft gelegt worden.

Die Arbeit der Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten

Die zehn direkt gewählten SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein sind weiterhin in der Bundesregierung, in den Bundestagsausschüssen und in der SPD-Bundestagsfraktion mit wichtigen Funktionen sehr gut vertreten (siehe Einzelberichte). Sprecher der Landesgruppe ist Ernst Dieter Rossmann, sein Stellvertreter ist Michael Bürsch. Thomas Sauer ist Kassenwart.

Die Landesgruppe versteht sich nicht nur als Mittler zwischen Landes- und Bundesinteressen. Ihre Absicht ist es auch, eigene politische Aktivitäten zu entfalten und zur besseren Vermittlung unserer sozialdemokratischen Politik beizutragen. Hierfür konnten im Zusammenwirken mit der SPD-Bundestagsfraktion zahlreiche Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen in den Regionen organisiert werden (ca. 8-10 Stück pro Jahr zu aktuellen bundespolitischen Themen wie Hartz IV, Rente, Pflegeversicherung, Ganztagsbetreuung, EU-Osterweiterung etc.). Die Landesgruppe führt regelmäßige Gespräche mit wichtigen Repräsentanten aus den Gewerkschaften, den Unternehmensverbänden, dem Handwerk, der Deutschen Bahn AG, der Telekom und den Verbänden aus dem sozialen Bereich. Ebenso treffen wir uns in gewissen Zeitabständen mit Vertretern der Landesregierung, der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes SH zu einem Meinungsaustausch.

Zur Koordination ihrer internen Arbeit trifft sich die Landesgruppe in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages regelmäßig donnerstags um 7.30 Uhr in der Landesvertretung Schleswig-Holstein in Berlin. Ein bis zwei Mal im Jahr führt die Landesgruppe eine ganztägige Klausurtagung in Schleswig-Holstein durch, die meistens mit einem Besuch wichtiger Einrichtungen und einem Pressegespräch verbunden ist. Besonders stolz ist die Landesgruppe auf die zwei Ausbildungsplätze, die sie 2004 geschaffen hat. Seit September 2004 ist es den Mitgliedern des Deutschen Bundestages möglich, zusammen mit anderen Trägern einen Ausbildungsplatz für den Beruf „Kaufmann/-frau für Bürokommunikation“ anzubieten.

Angesichts des akuten Ausbildungsplatzmangels ergriff die Landesgruppe diese Möglichkeit und stellte zwei junge Frauen als Azubis ein: Nadine Becker, 21 Jahre alt und allein erziehende Mutter, macht ihre Ausbildung im Büro von Bettina Hagedorn und wird ausschließlich von ihr finanziert, Stefanie Schultz, 16 Jahre alt, macht ihre Ausbildung vorwiegend im Büro

von Wolfgang Wodarg und wird von den übrigen neun Mitgliedern der Landesgruppe finanziert (siehe Foto der Landesgruppe mit den zwei Auszubildenden).



Einzelberichte der zehn Bundestagsabgeordneten

Dr. Hans-Peter Bartels



Seit 1998 vertrete ich den Wahlkreis 5, der Kiel sowie Kronshagen und Altenholz umfasst, im Deutschen Bundestag. Der Schwerpunkt meiner Arbeit liegt im Bereich der Verteidigungspolitik. Ich bin ordentliches Mitglied des Verteidigungsausschusses und stellvertretender Sprecher der AG Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion.

Themen, die für mich 2004 im Mittelpunkt standen, waren die Wehrpflicht, die Zukunft der bodengebundenen Luftverteidigung, die Standortentscheidungen des Bundesverteidigungsministers sowie die Präzisierung des parlamentarischen Zustimmungsverfahrens zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Im November 2005 soll der Bundesparteitag in Karlsruhe eine Entscheidung treffen, wie wir es künftig mit der Wehrpflicht halten wollen. Ich setzte mich in der Fraktion und in der Partei aktiv für den Erhalt der Wehrpflicht ein. Zusammen mit weiteren Fraktionskollegen habe ich eine bundesweite Pro-Wehrpflicht-Initiative ins Leben gerufen (www.wehrpflicht-ja.de). Die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers,

auch in Schleswig-Holstein weitere Bundeswehrstandorte aufzugeben, ist für die betroffenen Regionen extrem bitter. Insgesamt ist aber festzuhalten: Schleswig-Holstein bleibt das Bundesland mit der größten Bundeswehrdichte.

Darüber hinaus bin ich stellvertretendes Mitglied der NATO-Parlamentarierversammlung, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung, Mitglied in der SPD-Grundwertekommission, in der Küstengang und im Netzwerk. Außerdem bin ich Mitherausgeber der politischen Zweimonatsschrift Berliner Republik, die im vergangenen Jahr ihren fünften Geburtstag feiern konnte.

Tel.: 030/227-77638, Fax: 030/227-76052
E-Mail: hans-peter.bartels@bundestag.de
Tel.: 0431/85331, Fax: 0431/8999900
www.hans-peter-bartels.de

Dr. Michael Bürsch



Als Vorsitzender des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ war für mich die Umsetzung der Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ ein besonderer Schwerpunkt meiner Arbeit.

Die konkreten Handlungsempfehlungen bedeuten für Ehrenamt und Bürgerengagement in Deutschland mehr Rechtssicherheit und somit verbesserten Schutz der Engagierten, Abbau von bürokratischen Hemmnissen und Förderung der Anerkennung in vielfältiger Weise. Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit war und ist die Innenpolitik, insbesondere die Neuordnung des Zuwanderungsrechts und die Integration von Ausländern in unserem Land. Die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes war für mich das zentrale Projekt in dieser Legislaturperiode.

Im Auftrag unserer Fraktion war ich außerdem mit Fragen der Öffentlich Privaten Partnerschaften, der Staatsmodernisierung und des Bürokratieabbaus beauftragt. Diese Themen bleiben auch in dieser Wahlperiode im Bundestag aktuell. Zurzeit arbeite ich als Berichterstatter am Gesetzentwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz des Bundes.

Tel.: 030/227-73758, Fax: 030/227-76182
E-Mail: michael.buersch@bundestag.de
Tel. 04522/503633, Fax: 04522/503634
E-Mail: michael.buersch@wk.bundestag.de
www.michael-buersch.de

Bettina Hagedorn



Ich bin die direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis 9 (Ostholstein/Nord-Stormarn) und seit Herbst 2002 im Bundestag.

Ich bin ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss und dort zuständig für den Bereich Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Ich bin ebenfalls Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss und

beschäftige mich dort mit den Prüfbemerkungen des Bundesinnenministeriums.

Als stellvertretendes Mitglied engagiere ich mich zusätzlich im Fachausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Tourismusausschuss. Zudem bin ich Mitglied der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Fraktion und bringe mich dort als engagierte Kommunalpolitikerin ein.

Ich war eine der sechs deutschen Abgeordneten, die Mitglieder der Arbeitsgruppe der Assemblée Nationale und des Deutschen Bundestages zum Deutsch-Französischen Jugendwerk waren und vom September 2003 bis Juni 2004 die Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerkes evaluierten. Seit März 2004 bin ich stellvertretendes Mitglied im Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung.

Tel.: 030/227-73832, Fax: 030/227-76920
E-Mail: bettina.hagedorn@bundestag.de
Tel.: 04521/71611, Fax: 04521/78386
E-Mail: bettina.hagedorn@wk.bundestag.de
www.bettina-hagedorn.de

Gabriele Hiller-Ohm



Als direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis 11 (Lübeck/Berckenthin/Sandesneben) gehöre ich seit Oktober 2002 dem Deutschen Bundestag an.

Ich bin ordentliches Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen

hier neben der Gestaltung einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Landwirtschaft auf der Verbesserung der Lebensmittelsicherheit, Erhöhung des Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen sowie Fragen des Tierschutzes.

Meine Berichterstattungsbereiche innerhalb der SPD-Arbeitsgruppe sind unter anderem Gesundheitlicher Verbraucherschutz, Finanzdienstleistungen sowie die Wald- und Forstpolitik.

In meiner Eigenschaft als ordentliches Mitglied des Tourismusausschusses bin ich für Verbraucherschutz, Sicherheit im Reiseverkehr, Terrorismus, Datenschutz, Küstenschutz, Saisonarbeit, Wald sowie für die touristischen Belange von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zuständig. Unsere ressortübergreifende Aufgabe ist es, die Maßnahmen zur Entwicklung des Tourismus in Deutschland und der Reisen von Deutschen ins Ausland zu bewerten. Die Mitarbeit in diesem Ausschuss ist mir wichtig, da der Tourismus für Schleswig-Holstein und meinen Wahlkreis ein zentraler Wirtschaftsfaktor ist.

Als stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss begleite ich die aktuellen Steuerpläne des Bundes. Darüber hinaus bin ich ordentliches Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement und Mitglied der entsprechenden Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion. Außerdem engagiere ich mich in der SPD-Arbeitsgruppe Kommunalpolitik.

Tel.: 030/227-73514, Fax: 030/227-76514
E-Mail: gabriele.hiller-ohm@bundestag.de
Tel. 0451/3846895, Fax: 0451/3846896
E-Mail: gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de
www.hiller-ohm.de

Ulrike Mehl



Ich bin ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Reaktorsicherheit. Seit 1998 bin ich die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes.

In den letzten zwei Jahren sind in meinem Verantwortungsbereich zahlreiche umweltrelevante Gesetze und Initiativen koordiniert und vorbereitet worden.

Dazu gehören

- Antrag zur ökologischen Hochwasservorsorge
- Verabschiedung des Hochwasserschutzgesetzes
- Verabschiedung des Umweltinformationsgesetzes
- Einführung des Emissionshandels (Nationaler Allokationsplan, Zuteilungsgesetz 2007)
- Energiewirtschaftsgesetznovelle
- Verabschiedung Novelle Verpackungsverordnung - Stichwort: Dosenpfand
- Verabschiedung Elektroaltgerätegesetz
- Begleitung der Neuordnung der Europäischen Chemikalienpolitik, dazu Antrag 15/2666

- Mitberatung der Neuaufstellung Bundesverkehrswegeplanes
- Initiative zur Formulierung von EURO V in der Abgasgesetzgebung und zur Förderung des Einbaus von Partikelfiltern (Eckpunktepapier)
- Umsetzung EU-Lärmgesetzgebung (Maschinenlärm, Umgebungslärm).

Zurzeit in Bearbeitung sind noch:

- Gesetz zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung
- Umsetzung der EG-Richtlinie zur Öffentlichkeitsbeteiligung und zum Zugang zu Gerichten
- Umsetzung Grundwasser-Richtlinie
- Umsetzung EU-Umwelthaftungsrichtlinie
- Novellierung Umweltstatistikgesetz
- Fluglärmschutzgesetz.

Ich bin darüber hinaus Vorsitzende des Umweltforums und Mitglied im Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.

Tel.: 030/227-79092, Fax: 030/227-76270
E-Mail: ulrike.mehl@bundestag.de
Tel. 04392/403938, Fax 04392/913227
E-Mail: ulrike.mehl@wk.bundestag.de
www.ulrike-mehl.de

Dr. Ernst Dieter Rossmann



Ich vertrete seit 1998 den Wahlkreis 7 (Kreis Pinneberg) als direkt gewählter Abgeordneter im Bundestag. Meine wesentlichen Aufgaben konzentrierten sich in den vergangenen zwei Jahren auf meine Arbeit als stellvertretender Sprecher in der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, auf meine Mitgliedschaft im Fraktionsvor-

stand der SPD-Bundestagsfraktion und auf meine Aufgabe als Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein im Deutschen Bundestag.

In der Bildungs- und Forschungspolitik haben wir in den vergangenen zwei Jahren unser umfangreiches Reformprojekt zusammen mit Edelgard Bulmahn weiter führen können. Wir haben die Berufliche Bildung reformiert und modernisiert; mit der Androhung einer Ausbildungsplatzabgabe und mit einem nationalen Pakt für Ausbildung haben wir mehr Ausbildungsplätze geschaffen; die Bedingungen für ausländische Nachwuchswissenschaftler und Studenten in Deutschland sind verbessert worden und das 4-Milliarden-Euro-Programm der Bundesregierung für den Ausbau von Ganztagschulen ist weiter geführt worden (davon profitiert Schleswig-Holstein mit 135 Millionen Euro Bundeszuschüssen, die nach

und nach sehr intensiv abgerufen werden). Weitere Schwerpunkte meiner Arbeit in diesem Bereich sind in Zukunft die bessere Etablierung des Lebenslangen Lernens und der Weiterbildung als 4. Säule der Bildungspolitik und die konstruktive Begleitung der kommenden EU-Bildungsprogramme im Prozess der Lissabon-Strategie für eine bessere Zusammenarbeit im Bildungsbereich und mehr Austauschprogramme innerhalb der EU. Wichtig erscheint mir auch die Verwirklichung des „Paktes für die Forschung und Innovation“ und der „Exzellenzinitiative“ für die Wissenschaft und Forschung. Beide Initiativen der Bundesregierung sind durch die Blockade des CDU-dominierten Bundesrates und das Scheitern der Föderalismuskommission leider auf Eis gelegt worden.

Tel.: 030/227-73447, Fax: 030/227-76318
E-Mail: ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
Tel.: 04101/200639, Fax: 04101/553665
E-Mail: ernst-dieter.rossmann@wk.bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Thomas Sauer



Ich bin im Wahlkreis Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd direkt gewählt worden und gehöre in der laufenden Legislaturperiode dem Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit als ordentliches Mitglied an, stellvertretendes Mitglied bin ich im Haushalts- und im Finanzausschuss.

Im Wirtschaftsausschuss bin ich zuständig für das Sachgebiet

Gesundheit und Soziale Sicherung - z.B. als Berichterstatter für das neue Alterseinkünftegesetz, das den Übergang zur nachgelagerten Besteuerung von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung regelt - und für das Ressort Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. In diesem Bereich kümmere ich mich unter anderem um die Stärkung des maritimen Standorts Deutschland.

Zu Beginn der Wahlperiode war ich im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit mit der Neuorganisation der Arbeitsmarktpolitik (Stichwort Hartz) befasst. Bei den Beratungen dieses Reformprojekts habe ich mich vor allem um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gekümmert.

Im Forum Demokratische Linke 21 bin ich Sprecher für Schleswig-Holstein. In diesem Forum werden langfristige Perspektiven für eine solidarische Gesellschaft diskutiert.

Tel.: 030/227-73547, Fax: 030/227-76294
E-Mail: thomas.sauer@bundestag.de
Tel.: 04102/823298, Fax: 04102/823112
E-Mail: thomas.sauer@wk.bundestag.de
www.thomassauer.de

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast



Seit Beginn der 15. Wahlperiode bin ich Vorsitzende des Innenausschusses und damit mit der vollen Bandbreite bundesdeutscher Innenpolitik betraut. Zu meinen Arbeitsschwerpunkten gehören die Ausgestaltung und Begleitung des Zuwanderungsgesetzes, die Anti-Terror-Pakete und deren kritische Überprüfung, der interkulturelle und interreligiöse Dialog mit dem Islam und der Kampf gegen Rechtsextremismus. Ich bin Mit-Initiatorin des „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“, ich war maßgeblich an der Verschärfung des Versammlungsrechts beteiligt, engagiere mich für unsere Initiativen zur Stärkung der direkten Demokratie und für unser Informationsfreiheitsgesetz. Ich bin Mitglied in den Gremien für die Minderheiten auf Landes- und Bundesebene.

In meinem Wahlkreis – den ich als Listenanführerin der schleswig-holsteinischen SPD zum zweiten Mal hintereinander (wenn auch knapper als 1998) direkt gewonnen habe - versuche ich alle wesentlichen Themenfelder der rotgrünen Reformpolitik zu vermitteln, kümmere mich um die Verkehrsinfrastruktur und die Konversion angesichts der von Kasernenschließungen betroffenen Bundeswehrstandorte. Den „verwaisten“ Bundestagswahlkreis Nordfriesland/Dithmarschen Nord betreue ich - soweit möglich - gemeinsam mit Dr. Wolfgang Wodarg.

Tel.: 030/227-73898, Fax: 030/227-76432
E-Mail: cornelia.sonntag-wolgast@bundestag.de
Tel.: 04821/2715, Fax: 04821/3930
Tel.: 04832/3038, Fax: 04832/6200
E-Mail: cornelia.sonntag-wolgast@wk.bundestag.de
www.sonntag-wolgast.de

Franz Thönnies



Bei der Bundestagswahl 2002 wurde ich erneut im Wahlkreis 8 (Segeberg/Stormarn-Nord) direkt gewählt. Nach meinen Funktionen als arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher sowie Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion übernahm ich im Oktober 2002 die Aufgabe als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Hier unterstütze und verrete ich die Bundesministerin im politischen Bereich, im Bundestag, Bundesrat und gegenüber den Fraktionen. Dies gilt insbesondere für die Themenfelder Gesetzliche Rentenversicherung, Unfallversicherung, Sozialhilfe und Politik für Menschen mit Behinderung und die damit verbundenen Reformprojekte.

Dazu gehörten das Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz und die Vereinfachungen bei der Riester-Rente mit dem Ziel, einerseits die Beiträge bezahlbar zu halten und andererseits ein angemessenes Auskommen im Alter zu sichern. Mit dem Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen wurden die Voraussetzungen zur Integration Jüngerer und Erwachsener in den Arbeitsmarkt erheblich verbessert. Dabei engagiere ich mich hier insbesondere im Rahmen der Initiative „job – Jobs ohne Barrieren“. Aus sozialhilfe-politischer Sicht gestaltete ich den Prozess der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe mit. Dazu gehörte ebenso die Sozialhilfe-Reform.

Der hierin enthaltene Reformbaustein „Persönliches Budget“ soll unter anderem nun auch in zwei schleswig-holsteinischen Kreisen als Modellprojekt erprobt werden. Angriffe gegen die erfolgreiche Grundsicherung für über 65-Jährige und dauerhaft Erwerbsunfähige konnten im Rahmen der Sozialhilfe-Reform abgewehrt werden. Die Umsetzung des Gesundheitsmodernisierungs-Gesetzes wurde von mir aktiv begleitet. Die Weiterentwicklung hin zu einer Bürgerversicherung ist dabei für mich der nächste Schritt. Zur Stärkung des Ehrenamtes wurde unter meiner Federführung das Gesetz zum Schutz des Ehrenamtes in der Unfallversicherung erarbeitet. Es bietet unter anderem gerade gemeinnützigen Vereinen und Verbänden seit 1.1.2005 die Möglichkeit, gewählte Ehrenamtsträger in der gesetzlichen Unfallversicherung zu versichern.

Im Wahlkreis steht für mich mit vier Arbeitsgemeinschaften und vier Arbeitsagenturen die erfolgreiche

Umsetzung der Reform von Arbeitslosen- und Sozialhilfe oben an. Insbesondere geht es mir dabei um das flächendeckende Ausbildungs- und Arbeitsangebot für Jugendliche unter 25 Jahren. Hinzu kommt der Einsatz für den Erhalt der Jugendaufbauwerke in Schleswig-Holstein und die Umsetzung der gesetzlichen Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen vor Ort.

Als stellv. Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe und Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages zur Ostsee-Parlamentarierkonferenz engagiere ich mich für die Stärkung der Zusammenarbeit in der Ostsee-Region. Dabei stehen Fragen der Entwicklung sozialpolitischer Standards, des Wachstums, der Gesundheitspolitik, der EU-Politik und der Schiffssicherheit im Mittelpunkt.

Im Auftrag des SPD-Landesvorsitzenden verrete ich den SPD-Landesverband in der Organisation SAMAK, dem Zusammenschluss der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften der Ostsee-Region. Auf Bundesebene arbeite ich in der Arbeitsgruppe des Parteivorstandes „Soziale Ordnung – Deutschland und Europa“ mit.

Tel.: 030/227-71128, Fax: 030/227-76828
E-Mail: franz.thoennes@bundestag.de
Tel. 04551/968383, Fax: 04551/967338
E-Mail: buergerbuero@thoennes.de
www.thoennes.de

Dr. Wolfgang Wodarg



Zu meinen wichtigsten Aufgaben im Bundestag gehören die Mitarbeit im Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung und meine Tätigkeit als Sprecher der SPD in der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“.

Themen mit gesundheitlichem Bezug bearbeite ich als stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen für Verbraucherschutz, Ernährung, Landwirtschaft sowie im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union. Durch die wachsende Bedeutung europäischer Politik bin ich als EU-Berichterstatter im Gesundheitsausschuss in zunehmendem Maße gefordert. Weiterhin bin ich stellvertretender Vorsitzender der Sozialisten in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Schwerpunkt meiner parlamentarischen Arbeit ist weiterhin der Bereich der Gesundheitspolitik. An einer Reihe von gesundheitspolitischen Reform-

maßnahmen habe ich kritisch mitgewirkt. Hierzu gehörte insbesondere das Gesundheits-Modernisierungsgesetz, das Gen-Diagnostikgesetz, das neue Arzneimittelgesetz und die nationale Umsetzung der EU-Biopatient-Richtlinie. Bei Letzterer habe ich mich vehement gegen eine Patentierung von Genen als Stoffe eingesetzt.

Als Sprecher in der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ habe ich die Berichte zur Patientenverfügung, Organlebendspende und zu ethischen Prinzipien der medizinischen Versorgung (Allokations-Ethik) maßgeblich mitgestaltet.

Bei der letzten Bundestagswahl gelang es mir erneut, den Wahlkreis 1 Flensburg / Schleswig direkt für die SPD zu gewinnen. Der Strukturwandel in Folge des Abzugs weiterer Bundeswehreinheiten gehört hier auch weiterhin zu den größten Herausforderungen. Entsprechend stark engagiere ich mich für die Förderung des Tourismus und der mittelständischen Wirtschaft, damit sich für die Menschen in unserer von Arbeitslosigkeit stark betroffenen Region neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt entwickeln. Zu meinen weiteren Aktivitäten gehört die Verbesserung der Versorgung älterer und kranker Menschen in Pflegeeinrichtungen und die Entwicklung von Alternativen zur Heimunterbringung. Gerade in diesen Bereichen ergeben sich vielfältige Überschneidungen zwischen meiner Aktivität im Bund und vor Ort.

Außerdem bin ich in meiner Funktion als Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion für die Fragen der dänischen Minderheit und als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in der Minderheitenpolitik aktiv.

Tel.: 030/227-73371, Fax: 030/227-76333
E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de
Tel.: 0461/9788820, Fax: 0461/9788865
E-Mail: wolfgang.wodarg@wk.bundestag.de
www.wolfgang-wodarg.de

Die Arbeit im Europäischen Parlament

Von Willi Piecyk, MdEP

Im Juni 2004 wurde ich als schleswig-holsteinischer SPD-Abgeordneter in das Europäische Parlament (EP) wiedergewählt. Ich bin Mitglied im EP-Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr, Mitglied im Fischereiausschuss, stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss und Mitglied in der Delegation des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU – Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien.

Meine Arbeitsschwerpunkte im EP liegen in der Verkehrspolitik. Seit Juli 2004 bin ich verkehrspolitischer Sprecher der SPE-Fraktion. Federführend als Berichtserstatter (BE) für das Europäische Parlament oder die europäischen Sozialdemokraten beschäftigte ich mich darüber hinaus im Berichtszeitraum mit folgenden Gesetzgebungsverfahren.

■ BE der SPE-Fraktion für die Richtlinie über den Marktzugang für Hafendienste. Das Europäische Parlament hat mit Unterstützung und auf konsequenten Druck der Sozialdemokraten diese Richtlinie in dritter und letzter Lesung abgelehnt und damit zu Fall gebracht.

Für die SPE geht es um faire Wettbewerbsbedingungen zwischen und die Bewahrung von Sicherheits- und Sozialstandards in den Häfen sowie um zuverlässige Lotsdienste, die ohne Wettbewerbsdruck weiterhin nur der Sicherheit verpflichtet sein sollen.

Die Kommission hat im Herbst 2004 einen neuen Vorschlag vorgelegt. Er wird Mitte des Jahres im Europäischen Parlament in erster Lesung diskutiert. Im März habe ich in Brüssel für die SPE-Fraktion bereits ein Hearing zu diesem Thema organisiert und geleitet.

■ BE der SPE-Fraktion bei der Verordnung zu Lenk- und Ruhezeiten im Straßenverkehr. Nach Abschluss der 1. Lesung im Europäischen Parlament ist der Rat im Frühjahr 2004 zu einer politischen Einigung gelangt. Derzeit findet die 2. Lesung im Europäischen Parlament statt. Mit der Reform der Lenk- und Ruhezeitenregelung in der EU sollen die Sicherheits- und Sozialstandards für die Kraftfahrer verbessert werden, ohne die von den Unternehmen benötigte und auch teils von den Fahrern gewünschte Flexibilität grundlegend zu beeinträchtigen. Weil neben den Lkws in steigendem Maße vor allem die Transporter unter 3,5 Tonnen - die so genannten „Sprinter“ - Verursacher von Unfällen sind, sollen sie nach Auffassung der SPE-Fraktion ebenfalls in den Geltungsbereich der Verordnung fallen und somit der Einhaltungspflicht der Lenk- und Ruhezeiten unterliegen.



■ BE des Europäischen Parlaments für einen beschleunigten Zeitplan zur Ausmusterung unsicherer Tankschiffe. Mit dem Gesetzgebungsverfahren wurde der Weg für eine rasche Einführung sichererer Doppelhüllentankschiffe freigemacht, damit Katastrophen wie der Untergang der „Prestige“ künftig nicht mehr passieren.

■ BE der SPE-Fraktion für die Verminderung von Schiffsemissionen. Die erste Lesung im Europäischen Parlament ist abgeschlossen. Der Kommissionsvorschlag wurde dabei unterstützt und in einigen Punkten verschärft, um eine deutlichere Senkung der SO²-Emissionen von Seeschiffen zu erreichen. Im April 2005 steht die 2. Lesung im EP an.

■ BE der SPE-Fraktion für die Revision der Leitlinien für das Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN). Das Gesetzgebungsverfahren wurde im April 2004 abgeschlossen. Die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur soll weit stärker als bisher von der Einhaltung der EU-Umweltschutzvorschriften abhängig gemacht werden. Die strategische Umweltverträglichkeitsprüfung ist nun als Ergänzung zur herkömmlichen Umweltverträglichkeitsprüfung für Projekte von gemeinsamen Interesse ebenso verbindlich vorgesehen wie die Einhaltung der Vogelschutz- und der FFH-Richtlinie. Positiv aus schleswig-holsteinischer Sicht ist, dass bei dieser Revision neben der Fehmarnbelt-Querung auch der Nord-Ostsee-Kanal als Teil der so genannten „Meeresautobahn Ostsee“ als prioritäres Projekt eingestuft wird. Damit erhöhen sich die Chancen auf europäische Fördermittel für eine Modernisierung erheblich. Darüber hinaus wurde der Elbe-Lübeck-Kanal

als Projekt von gemeinsamen Interesse und somit als „förderfähig“ eingestuft.

■ BE der SPE-Fraktion für die Einführung von strafrechtlichen Sanktionen bei Meeresverschmutzung durch Schiffe. Das Gesetzgebungsverfahren wurde im Februar 2005 mit einer Einigung zwischen Europäischem Parlament und Ministerrat abgeschlossen. Illegale Öleinleitungen durch Schiffe werden nun endlich EU-weit als kriminelle Delikte gesehen und mit harten Strafen wie Geldstrafen, Zwangsliquidierung des Unternehmens bis hin zu Gefängnisstrafen bedroht. Darüber hinaus macht die EU auf Druck der Sozialdemokraten mit dieser Richtlinie einen großen Schritt in Richtung Europäische Küstenwache. In einer Machbarkeitsstudie soll die EU-Kommission die Kosten und den Nutzen einer Europäischen Küstenwache deutlich machen.

Zu meiner Wahlkreisarbeit in Schleswig-Holstein gehören:

■ Öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu Europa- und wahlkreisrelevanten Themen wie zur Europäischen Verfassung, zum Nord-Ostsee-Kanal als Meeresautobahn im europäischen Seeverkehr, zur Schiffsicherheit, zur Umweltpolitik im Bereich der Schifffahrt und der Häfen.

■ Rückkopplung von politischen Entwicklungen auf EU-Ebene mit den dafür zuständigen politischen Stellen in Schleswig-Holstein

■ Kreisbereisungen

■ Gespräche mit Schüler/innen zu europapolitischen Themen

■ Besuche von aus EU-Mitteln geförderten Projekten

■ Gespräche mit Betrieben, Verbänden und anderen Einrichtungen

■ Beratungen von Bürgerinnen und Bürgern in EU-relevanten Fragen

Nach wie vor unterstütze ich das europäische Engagement junger Menschen: In meinem Brüsseler Büro absolvieren regelmäßig junge Menschen aus Schleswig-Holstein ein Praktikum. In Zusammenarbeit mit dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag und der FES Brüssel habe ich bereits mehrmals Schülerzeitungsseminare in Brüssel durchgeführt, ein weiteres Seminar ist für September 2005 in Planung

Im Juni 2003 habe ich zum dritten Mal ein EU-Informationseminar für schleswig-holsteinische Kommunalpolitiker/innen in Brüssel durchgeführt. Im Herbst

2005 ist ein zweitägiges Europa-Seminar in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente geplant.

Im Bereich Öffentlichkeits- und Pressearbeit:

■ Ich organisiere regelmäßig Besuche von Journalist/innen in Straßburg und Brüssel, das letzte große Seminar für Journalist/innen fand im Mai 2003 statt.

■ Auf meiner Website www.piecyk.de finden Interessierte vielfältige Infos über die EU und meine Tätigkeit als Abgeordneter des EP.

■ Im Berichtszeitraum habe ich darüber hinaus zwei Broschüren herausgegeben:

- „Neue Horizonte entdecken - Tipps zu EU-Programmen und Praktikumsmöglichkeiten für junge Leute“ (Oktober 2003)

- „Europa in Schleswig-Holstein“ (Frühjahr 2004)

■ Regelmäßig versende ich per e-Mail den Newsletter „Neues aus Europa“ um über aktuelle europäische Themen zu informieren.

■ Zweimal pro Jahr organisiere ich für Schleswig-Holsteiner/Innen mehrtägige offizielle Besucherfahrten zum Europäischen Parlament nach Straßburg. Darüber hinaus helfe ich einer Vielzahl weiterer Besuchergruppen aus Schleswig-Holstein bei der Organisation eines Besuchs im EP in Brüssel oder Straßburg.

Ich bin Mitglied des Parteirates und stellvertretender Vorsitzender des EuropaForums des SPD-Landesverbandes.

Tel. 0431 – 90 606-22

Fax 0431 – 90 60 6-57

info@piecyk.de

www.piecyk.de



Impressionen aus dem Landtagswahlkampf 2005



Die 400er beim Draisine fahren und Mega-Kicker spielen in Schmilau



Links: Heide Simonis und Ralf Stegner beim politischen Aschermittwoch in Marne
Rechts: Günter Grass beim Wahlkampfauftakt in Neumünster



Links: Heide Simonis und Poul Nyrup Rasmussen bei „HE!DE direkt“ in Schleswig



Rechts: „HE!DE direkt“ in Nortorf mit Hans Wiesen



Links: „HE!DE hautnah“ in Büsum



Rechts: Heide und Udo Simonis auf einer Veranstaltung



Links: „Talk Op Platt“ - Auftakt der Veranstaltung bei Kiel



Rechts: Die Veranstaltung mit Bundeskanzler Gerhard Schröder in Norderstedt



Links: Simonis und Möller bei der 72-Stunden-Auftaktveranstaltung
Rechts: 72-Stunden-Aktion von Peter Eichstädt: Red Walking



Links: Gruppenfoto der Bundespromis vor der 72-Stunden-Aktion
Rechts: Müntefering, Möller und Eichel mit den HE!DE-Rucksäcken mit Stärkungen



Links: Franz Müntefering verteilt HE!DE-Schals in der Kieler Innenstadt



Rechts: Ein Hund mit HE!DE-Schal